

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (sonst an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 88.

Dienstag, den 16. April 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Positive Leistungen der Sozialdemokratie.

Ein Beitrag zur Geschichte der Gesetzgebung.

III.

Zu Ziffer 7 wurde von unseren Genossen beantragt, die Versicherung auf den Fuhrwerks- und Lagerbetrieb des ganzen Handelsgewerbes und auf die in allen versicherten Betrieben beschäftigten Handelsgesellen auszuweiten. Zur Begründung wurde ausgeführt: Der Fuhrwerks- und Lagerbetrieb sei im Kleinhandelsbetrieb gerade so gefährlich wie im Großgewerbe. Auch würde die Grenzbestimmung zwischen beiden unsicher sein und zu Streitigkeiten führen. Die aus dem Handelsgesellenbuch sich ergebende Grenze passe nicht, da sie nur die Höhe des Umsatzes, nicht aber, worauf es hier doch ankomme, die Größe der Unfallgefahr berücksichtige. Abriegen bewirkten die verschiedenen Ausführungsbestimmungen der Landesregierung auch eine Verschiedenheit in der Abgrenzung, die gerade hier mißlich sei. Mindestens könne man alle Handelsgesellen, die in versicherten Betrieben beschäftigt sind, in die Versicherung aufnehmen. Auch diese Anträge wurden abgelehnt.

Ferner beantragten unsere Genossen folgende Ausdehnung der Versicherungspflicht:

§ 1x.

Untersuchungsgefangene, Strafgefangene, in Besserungsanstalten oder Arbeitshäusern Detinierte, in Armen- oder Siechenanstalten Beschäftigte sind gegen die Folgen der bei ihrer Arbeit sich ereignenden Unfälle versichert, wenn die Arbeit, falls sie außerhalb der Anstalt freiwillig gegen Entgelt verrichtet wäre, als eine in einem versicherungspflichtigen Betriebe verrichtete zu erachten wäre.

Der Anspruch dieser Personen auf Unfallrente ruht während der Strafhaft.

Dieser Antrag wurde zwar von der Kommission mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt, dann aber einstimmig von ihr folgende unserem Antrag inhaltlich entsprechende Resolution angenommen:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag nach vor dem Beginn der weiteren Plenarberatung über den vorliegenden Gesetzentwurf einen Gesetzentwurf zum Zwecke der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Strafgefangenen vorzulegen.

Angleich wurde beschlossen, diese Resolution sofort dem Reichstag zu unterbreiten mit dem Wunsche und in der Hoffnung, daß dann noch bis zur zweiten Lesung eine entsprechende Vorlage seitens der verbündeten Regierungen eingebracht werde.

Am 10. Februar 1897 wurde die Resolution im Plenum verhandelt. Freiherr von Stumm war Berichterstatter. Gegen die Resolution wettete Johann der Antisemit Dr. Vielhaben, dessen sittliches Empfinden sich gegen den „perfiden“ sozialdemokratischen Antrag aufbaute. Worauf Herr von Stumm unter anderem erwiderte:

„Ich muß aber für mich persönlich einen Punkt klarstellen. Der Abgeordnete Dr. Vielhaben hat gemeint, es handle sich hier um eine rein sozialdemokratische Forderung. Ich könnte deshalb in seinen Augen in den Geruch kommen, über Nacht ein Sozialdemokrat geworden zu sein. Ich geniere mich gar nicht, wenn von sozialdemokratischer Seite Vorschläge gemacht werden, die ich für richtig halte, auch dafür zu stimmen oder das Richtige aus denselben herauszugreifen, wie im vorliegenden Falle.“

Der Gesetzentwurf kam erst im Januar 1900; er ist dann vom Reichstag angenommen worden und als Gesetz vom 30. Juni 1900 in Kraft getreten!

Dann brachten die Sozialdemokraten noch einen Antrag zu § 1, den Bülow zwar auch als Beweisstück für die perfide Art sozialdemokratischer Anträge betrachtete, den wir aber aus einem Entwurf des Bundesrats aus dem Jahre 1894 entnommen haben. Wir beantragten, als neuen Paragraphen hinter § 1 einzuschalten:

§ 1y.

Versicherungspflichtigen Betrieben im Sinne dieses Gesetzes gleichgestellt wird der Reichs-, Staats- und Kommunaldienst sowie Anstalten und Veranstaltungen zu religiösen, wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecken, zu Zwecken der Kunst, der Wissenschaft, der Gesundheitspflege und der Beibehaltung.

Zur Begründung des Antrags wurde darauf hingewiesen, daß derselbe die Wohltat der Unfallversicherung unter anderem zuweisen würde: den Nachwächtern, Krankenwärtern, den Mitgliedern der Feuerwehr, den in Laboratorien, Theatern, Renn- und Sportplätzen usw. beschäftigten Personen; Gruppen, für die unbedingt ein Bedürfnis bestehe.

Dann suchten die Sozialdemokraten den Begriff „Arbeiter“ im Gesetz festzulegen. Es schien dieses um so nötiger, als die Fälle sich mehrt, daß verletzte Arbeiter oder deren Hinterbliebene mit Rentenansprüchen abgewiesen wurden, weil sie angeblich gar keine Arbeiter wären. Speziell in großen Hafenstädten kam es oft vor, daß Arbeiter angenommen wurden, ein Schiff zu entladen, und wenn hierbei ein Unfall sich ereignete, dann hieß es, der Verletzte sei gar kein Arbeiter, sondern ein selbständiger Unternehmer. Das Reichsversicherungsamt hatte für die Abweisung folgende recht widerspruchsvolle Formel:

„Die Mitglieder einer Arbeiterkolonne, die von verschiedenen Arbeitgebern in ihr nach schlagende Arbeiten übernehme, die erforderlichen Arbeitsgeräthe durch gemeinsame Beiträge beschaffen und die verdienten Arbeitslohnsummen gleichmäßig unter sich verteilen, seien nicht Arbeiter, sondern Unternehmer“ (Handbuch für Unfallversicherung, § 1, Anmerkung Nr. 10).

Daß eine Arbeiterkolonne aus Nichtarbeitern gebildet wird, erweist zwar so rätselhaft, wie ein Negertamm aus lauter Weissen; aber es war ständige Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes und nicht abzusehen, ob nicht noch mehr Arbeiter zu Unternehmern gemacht wurden. Deshalb beantragten die Sozialdemokraten, dem § 1 folgenden Absatz hinzuzufügen:

„Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes ist derjenige, der vertraglich verpflichtet ist, einen Teil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für ein wirtschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen eines anderen oder für die häusliche Gemeinschaft eines anderen gegen einen vereinbarten Lohn zu verwenden; die Lohnform (Zeitlohn, Stücklohn, Akkordlohn, Werklohn, Geldlohn, Naturalbezüge, freie Wohnung, Kost, Feuerung usw.) ist für den Begriff „Arbeiter“ unerheblich.“

Zu den Arbeitern im Sinne dieses Gesetzes werden auch gerechnet:

1. Lehrlinge,

2. diejenigen Personen, welche gemeinschaftlich die Ausübung einer Arbeit für das Gewerbe, die Wirtschaft oder die Hausgemeinschaft eines anderen übernommen haben.

3. diejenigen Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätte der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen.

Zur Begründung wurde bemerkt, daß gegenüber den vielfachen Unsicherheiten eine gesetzliche Definition des Begriffs „Arbeiter“ erforderlich sei. Insbesondere müsse ausdrücklich ausgesprochen werden, daß „Lehrlinge“, zu einer „Kolonne“ vereinigte Arbeiter, sowie in der „Haus-Industrie“ beschäftigte Personen unter die nach § 1 Versicherten fielen.

Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Zu § 1a, der den Begriff „Fabrik“ definiert, beantragten die Sozialdemokraten, die Versicherungspflicht eintreten zu lassen, wenn „sechs Personen“ in einem Betrieb beschäftigt werden, ferner die Versicherungspflicht eintreten zu lassen, wenn Elektrizität als Triebkraft verwendet wird. Der erstgenannte Antrag wurde abgelehnt, der zweite angenommen.

Die Mehrheitsparteien und die Regierungen weigerten sich, das Gesetz, dessen Wohltaten gerühmt werden, auf alle Arbeiter anzuwenden. Man behauptet nicht, daß die Nichtversicherten etwas verbrochen haben, wofür sie bestraft werden müssen. Aber die Großkapitalisten wollen nicht, und da gibt die Regierung selbst die 1894 schon gefassten Beschlüsse auf. Nur die Arbeiter in kleinen Brauereien, die Schmiede, Schlosser, Fleischer und Fensterputzer wurden in die Versicherung mit aufgenommen. Auch konnte die Reichstagsmehrheit sich nicht entschließen, den Weg nach und von der Arbeitsstätte in die Versicherung aufzunehmen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag setzte am Montag die sozialpolitische Generaldebatte fort. Genosse Horn-Sachsen schilderte in ergreifender Weise die Leiden der Glasarbeiter, die er am eigenen Leibe erfahren hat. Der hohe Bundesrat aber muß noch immer die so beliebten „Erhebungen“ über längst spruchreife Dinge anstellen. — Dann dokumentierte durch erneute Beschimpfungen der sozialdemokratischen Führer und Parteibeamten der bekannte 40fache Millionär und Reichsparteiler v. Dirksen seine Verechtigung, sich als politischer Knigge aufzuspielen. Der heisere Schreiber des ausgedienten Legationsrats nach einer neuen Zuchthausvorlage bewog den Staatssekretär Grafen Posadowsky zu ein paar Bemerkungen, deren kurzer Sinn der war, daß der Graf im Bart ein neues Zuchthausvorlagen-Experiment nicht will. Freilich verüßte der Graf-Staatssekretär diese den Scharfmachern gereichte „Pille“ mit allerhand Spinnereien über eine eventuelle Verschärfung des gemeinen Rechts. Augen

auf! muß deshalb die Lösung für die organisierte Arbeiterschaft aller Richtungen sein. In anerkannter Weise traten der Freisinnige Potthoff und der Nationalliberale Junk- Leipzig den Scharfmachern entgegen. Was Herr Junk über den § 153 der G.-D. und die Notwendigkeit sagte, die unternehmerlichen Koalitionsverhinderungen unter Strafe zu stellen, dürfte ihm den großen Bann der Benner, Bueck u. Co. eintragen.

Aber arge Fälle von Unternehmerterrorismus sprach der Zentrumsmann Schiffer und die Reederdespotie an der Waterkant behandelte in seiner Art nicht übel der Antisemit Raab.

Am Dienstag soll die Generaldebatte in einer Dauer-sitzung zu Ende geführt werden.

In den „nationalen Block“ ist der Beschluß der Wahlprüfungskommission, der die Wahl des Konservativen von Richthofen-Damsdorf in Schweidnitz-Striegau für ungültig erklärt, hineingefahren wie der Habicht in den Hühnerhof. Es herrscht nicht geringe Aufregung. Und nicht ohne Grund. Wird der Beschluß vom Plenum des Reichstages bestätigt, dann wird in Konsequenz dessen noch mancher „nationaler“ Volksvertreter seinem Reichstagsstuhl und seinen Diäten Abieul sagen müssen; denn die einflussreiche Hand des Reichskanzlers ist ja bei den letzten Wahlen fast überall zu spüren gewesen, namentlich hat er mit seinem bekannten Silvesterbrief an den Oberkommandeur des Reichstagenverbandes die Wahlen in einer Weise zu beeinflussen versucht, wie es nie vorher von einer deutschen bzw. preussischen Regierungsstelle aus gewagt worden ist. Auf diesen Brief hatte sich Bülow ja auch in dem Schweidnitzer Spezialfall besonders bezogen. Wird darin ein berechtigter Grund zur Ungültigkeitserklärung der Wahl gesehen, so muß in allen anderen Fällen das Gleiche geschehen. Diese Konsequenz zieht denn auch durchaus richtig die agrarische „Deutsche Tageszeitung“. Sie erklärt:

„Stellt man sich auf den Standpunkt der Mehrheit der Wahlprüfungskommission, so muß man folgerichtig diesen Silvesterbrief als eine Wahlbeeinflussung auffassen. Wäre diese Auffassung richtig, so müßten eigentlich fast sämtliche Mandate der sogenannten Blockparteien ungültig erklärt werden, bei denen als Gegner Zentrumskandidaten oder Sozialdemokraten in Betracht kamen. Eine solche lächerliche und ungeheuerliche Konsequenz werden die Zentrumskandidaten doch kaum ziehen wollen. Nun ist aber die Abstimmung in der Kommission unter einem anderen Gesichtspunkte recht interessant. Zu der Mehrheit der Kommission, die für die Ungültigkeit stimmte, sollen auch nach einem Verichte des „Vorwärts“ die Vertreter der freisinnigen Parteien gehört haben. Ist das richtig, so würde der Freisinn selbstverständlich auch für die Ungültigkeit bei passender Weise der Wahlen der freisinnigen Abgeordneten Cichoff und Dr. Hermes stimmen müssen. War das Telegramm des Reichskanzlers im Kreise des Freiherrn v. Richthofen wirklich eine Wahlbeeinflussung, so hat bei den Wahlen der Herren Cichoff und Dr. Hermes eine viel stärkere Wahlbeeinflussung stattgefunden. Das würde selbstverständlich für die grundsätzliche Behandlung der Angelegenheit nicht in Betracht kommen.“

Eine lächerliche und ungeheuerliche Konsequenz liegt keineswegs darin, wenn der Reichstag alle Wahlen, bei denen die Spur der reichskanzlerischen Wahlbeeinflussung nachgewiesen ist, einfach kassieren würde. Das wäre das einzige wirkliche Mittel, solchen Eingriffen der Regierung für die Zukunft vorzubeugen. Wird es nicht angewandt, läßt sich der Reichstag solche Wahlmanöver gefallen, so wird es nächstes Mal noch schlimmer werden. Auch die „nationalen“ Parteien müßten, obwohl ihre Mehrheit nur eine Frucht dieser Wahlbeeinflussungen ist, sich gegen diese entschieden verwahren, wenn sie nicht wollen, daß das napoleonische Muster bei unseren Wahlen zur Regel werden soll. Aber die Blockmehrheit, soweit Konservative, Nationalliberale und Antisemiten sie bilden, denkt auch: „die Regel, die ihn (den Feind) schlägt, das ist die höchste“. Jedes Mittel ist ihnen recht, wenn nur der Feind geschädigt, der Freund gerettet wird. So ist der Beschluß der Wahlprüfungskommission ja denn auch nur mit 7 gegen 6 Stimmen gefaßt worden. Die „Nationalen“ haben für die Gültigkeit und damit für die Zulässigkeit der reichskanzlerischen Wahlbeeinflussung gestimmt, denn sie selbst haben ja den Nutzen davon gehabt.

Die Mehrheit in der Kommission ist nur zu stande gekommen dadurch, daß der Freisinn sich vom „nationalen“ Block getrennt hat. Auf ihn ist deshalb auch die Ausfassung der „Deutschen Tagesztg.“ gemünzt: „Haßt du meinen Damsdorfer, hau ich deinen Cichoff! Die „Nationalen“ rechnen selbstverständlich darauf, daß im Plenum des Reichstages ein gegenteiliges Resultat herauskommt. Ohne die Freisinnigen wäre das aber

fraglich. Und so versucht man sich durch Drohungen einzuschüchtern.

Ob sie stand halten werden? Wenn sie nicht ihre ganze Vergangenheit verleugnen wollen, müssen sie es. Engen Richter würde sich, trotzdem er seinen harnierten Sozialistenhaß mit ins Grab genommen, in diesem umdrehen vor Scham, wenn seine Epigonen solche Wahlbeeinflussungen der Regierung, gegen die er sein Leben lang mit aller Schärfe gekämpft hat, gutheißen würden. Aber den Freisinnigen ist die Bestandfähigkeit des „nationalen Blocks“ gar zu sehr aus Herz gewachsen, als daß man mit Sicherheit darauf rechnen könnte, sie würden bei der Stange bleiben. Die anderen Blockparteien würden das sicher als eine schwere Bräsklerung auffassen und die Sprengung des Blocks wäre Tatsache.

So hat denn der Vorfall in der Wahlprüfungskommission, wie der „Vorwärts“ erfährt, schon zu gereizten Auseinandersetzungen in der freisinnigen Fraktion geführt. Der Vertreter der Freisinnigen, der gegen die Wahlbeeinflussung durch seine Abstimmung eingetreten war, wurde arg zur Rede gestellt. Man befürchtete auf freisinniger Seite, daß, wenn amtliche Wahlbeeinflussung aller Tradition des Reichstages und aller Parlamente entsprechend ein Grund zur Wahlkassation bleibt, die Mandate des Herrn Eickhoff und einiger anderer freisinniger Reden nicht lange Bestand haben werden. Und die Erwägungen einseitigster und engherzigster Fraktionspolitik sind ja in letzter Zeit bei den Freisinnigen immer mehr maßgebend geworden. Lassen sie ihren Vertreter in der Kommission im Plenum im Stich, so liefern sie damit wieder eine treffliche Charakteristik des modernen deutschen „Liberalismus“.

Man kann also einigermaßen gespannt sein auf den Ausgang der Affäre. Immerhin ist es sehr hübsch, daß die Wahlprüfungskommission zunächst einmal festgestellt hat, daß der Reichskanzler sich in unzulässiger Weise in die letzten Wahlen eingemischt hat.

Sprengpulver für den Block. Während Herr Dertel unter dem Sessel Podawsky eifrig Maulwurfsarbeit verrichtet, ist die „Röfn. Volksztg.“ am Werke, dem Reichsfinanzsekretär Stengel die Grube zu graben. Ein Artikel des Zentrumsblattes verabreicht ihm einen Stoß ins Gesicht: er werde wohl kaum Lust haben, die dornenvolle Aufgabe, schon wieder neue Steuern zu vertreten, nochmals zu übernehmen, und behandelt ihn dann vollständig als erledigte Sache. Als sein Nachfolger sei „ein als Anwärter auf höhere Posten vielgenannter und auch in Steuer- und Finanzfragen besonders gewandter Parlamentarier der „nationalen Mehrheit“ in Aussicht genommen.“ Das Steuerprogramm des neuen Reichschatzamtskandidaten stütze sich auf einen Fortfall der agrarischen Branntwein-Liebesgabe und einer höheren Einnahme aus der Vertierung des Tabaks. Das Zentrum will mit diesem Artikel auf verschiedene Büsche klopfen, und wohl auch die Ungarier aus dem Häuschen bringen.

Zuhälter der Reaktion. Daß nichts schwerer zu ertragen ist, als eine Reihe von guten Tagen, sucht für sein Teil der Liberalismus zu beweisen. Zwar hat ihm die Gnadenförmigkeit Bülows noch keine Früchte gereift, aber sie bescheinigt ihm gar lieblich den Licht und schädig gewordenen Pelz — das tut so wohl und schmeckt so süß! Um ja nicht aus dieser Sonne verbannt zu werden, sinkt er täglich tiefer, der einst so stolze Liberalismus, vom Kampfgewissen des Hottentottenblocks zum Lakaien der Regierung, vom Regierungslakaien zum Zuhälter der Reaktion. Er will zeigen, daß er — wie nennt man es gleich? — daß er „positive Arbeit“ zu leisten imstande ist, und so entrüstet sich die „Liberale Korrespondenz“ heute darüber, daß Zentrum und Sozialdemokratie zum Etat des Reichsamts des Innern, zum Kolonialetat und zum Etat des Reichskanzlers bereits eine ganze Reihe von Rednern bestimmt hätten. Die Korrespondenz nennt das eine Verschleppungspolitik und schließt mit der fröhlichen Auforderung:

„Hoffentlich werden die Blockparteien genügende Disziplin über ihre Mitglieder besitzen, um sie so zahlreich präsent zu haben, daß den zwecklosen Wraufendruckereien im gegebenen Moment ein Ziel gesetzt werden kann.“

Unter dem Sozialistengesetz leisteten die nationalliberale Fraktion und mit einigen Ausnahmen auch die Fortschrittler der Rechten willfährig Handlangerdienste, wenn es galt, das sozialdemokratische Häuflein durch Schlufanträge mundtot zu machen. Heute eilt mit freudig erhigten Säckchen der Liberalismus der Rechten in der Sehnsucht nach der Redequillotte voraus. Reichsamt des Innern, Kolonialpolitik, Reichskanzler, auswärtige Politik, sind für den Liberalismus hochbedeutende Dinge, wenn der Janschnauer Oldenburg seinen Senf oder der Herr Naumann sein pastorales Öl dazu gibt, oder Herr Bülow seinen Redestrom von Milch und Honig darüber wälzt, sind für den Liberalismus Bagatellen, wenn Parteien außerhalb des Hottentottenblocks dazu Stellung nehmen wollen. Oppositionsreden? Phrasendreschereien! Schlufantrag! Schlufantrag! Und wer ist die „Liberale Korrespondenz“, die sich mit dem Wortschlag ostentivischer Junker zum Dolmetfch reaktionärer Gelüste entwürdigt? Das Sprachrohr der Herren Gothein und Pachnische, Schröder und Naumann ist es, das Organ der Freisinnigen Vereinigung!

Ein neuer Kolonial-Ergänzungs-Etat für 1907 ist dem Reichstage zugegangen. Er fordert 7 500 000 Mk. zur Hilfeleistung anlässlich von Verlusten infolge des Eingeborenen-Aufstandes in Südwestafrika und 30 000 Mk. zu Beihilfen für Beamte und Militärpersonen, wie deren Hinterbliebene für Verluste an Inventarien, Materialien usw. Die Erläuterungen zur ersten Forderung besagen, daß von dem auf insgesamt 13 043 756 Mk. festgestellten Schaden nach Abzug der bereits bewilligten Hilfeleistungen noch rund 7 1/2 Millionen ungedeckt sind. Die zweite Forderung wird damit begründet, daß sich die früher bewilligten 25 000 Mk. nicht als ausreichend erwiesen, um wenigstens die wirtschaftliche Lage der Geschädigten, deren Gesamtschaden über 128 000 Mk. beträgt, zu sichern. In der Vorlage ist vorgesehen, daß 7 530 000 Mk. der im § 2 des Etatsgesetzes für 1907 vorgesehenen Anleihe hinzutreten. Beigefügt ist der Vorlage ein Bericht der Hilfeleistungskommission, datiert aus Windhuk den 13. Oktbr.

1906, über die Verwendung der bisher verzeigten Mittel und ein Bericht Dr. Rohrbachs vom 19. Oktober 1906 über die Notwendigkeit einer weiteren Hilfeleistung. — Der Hottentottenkrieg wird dem deutschen Volke immer teurer; für die Urheber scheint aber ein profitables Geschäft dabei herauszukommen.

Hungersnot in Deutsch-Ostafrika. Amtlich wird gemeldet: Zu den Meldungen über eine Hungersnot in Deutsch-Ostafrika können wir folgendes mitteilen: Besonders heimgeheuchelt sind die Landschaften Ungoni (Songea) und Mahenge, d. h. diejenigen Bezirke, in denen im vergangenen Jahre der jetzt glücklich beendete Aufstand am heftigsten entzündet war und wo aus diesem Grunde die Eingeborenen ihre Felder nicht bestellt hatten. Daß in den genannten Distrikten infolge der kriegerischen Ereignisse eine Schädigung der Landwirtschaft und infolgedessen Nahrungsmangel eintreten würde, hatte das Gouvernement vorausgesehen. Schon vor geraumer Zeit wurde deshalb auf der Station Iringa ein Lebensmitteldepot eingerichtet, von welchem Mahenge beziehen kann. Des weiteren ist Mahenge von Morogoro und von der Küste aus mit Lebensmitteln versehen worden. Ferner hat der Gouverneur angeordnet, daß die in den Küstenländern beschäftigten sogenannten Strafarbeiter unter Abkürzung ihrer Strafzeit mit Lasten von Lebensmitteln reich versehen wieder in ihre Heimat im Innern zurückgeschickt werden sollen. Songea kann vermöge seiner geographischen Lage zurzeit noch nicht von der Küste aus, sondern nur auf dem vom Nyassasee heranzuführenden Wege versorgt werden, nötigenfalls auch aus Mozambique, vielleicht aus Britisch-Zentralafrika und dem deutschen Distrikt Langenburg. Nach einem vom Gouverneur beim ersten Aufstehen der betreffenden Meldungen eingeforderten telegraphischen Bericht hat der Gouverneur bereits den gesamten seiner Verfügung unterstehenden Nothstands-fonds flüssig gemacht, um die Not an den von der Nahrungsmangel am meisten betroffenen Plätzen durch Heranziehung von Nahrungsmitteln aus den Ländern am Nyassasee zu lindern. Bei dem Mangel an Eisenbahnen muß leider damit gerechnet werden, daß selbst die unter Aufbietung aller verfügbaren Mittel getroffenen Maßregeln vielleicht nicht überall zureichen werden. Sedenfalls tut die Regierung das ihre zur Milderung der Lage. — Erst treibt man die Eingeborenen durch rigorose Maßregeln zum Aufstand, um sie dann mit allen Schrecknissen des Krieges heimzuführen. Wiltet dann die Hungersnot in den verwüsteten Distrikten, so schreibt man das Versagen der „Hilfsaktion“ dem Fehlen der Eisenbahnen zu!

Rußland.

Admiral Nebogatow, der, wie bekannt, seine Schiffe in der Schlacht bei Tsushima den Japanern ausgeliefert hatte, hat seine zehnjährige Festungshaft in der Peter Paul-Festung angetreten. Es ist ihm eine große Zelle angewiesen worden; er darf täglich Spaziergänge im Garten und auf der Festungswiese machen.

Der Konflikt zwischen der russischen Reichsduma und dem Ministerpräsidenten Stolypin ist auf friedlichem Wege beigelegt worden.

England.

Achtstundentag für Grubenarbeiter. Die zweite Lesung der von dem Arbeitervertreter Walsh eingebrachten Bill, die die Einführung des achtstündigen Arbeitstages für Grubenarbeiter vorsteht, ist im Unterhaus einstimmig angenommen worden! Von Seiten der Regierung wurde die Bill im Prinzip gutgeheißen und in Aussicht gestellt, daß die Regierungsvorlage über denselben Gegenstand eingebracht werden würde, sobald der Bericht der die Angelegenheit prüfenden Kommission vorliege. — Den bürgerlichen Politikern, die im deutschen Reichstage vorige Woche so viel von Sozialpolitik geschwätzt haben, zur Beachtung empfohlen!

Sibirien.

Der Brief eines nach Sibirien verbannten jüdrussischen Arbeiters an einen Freund, der ihn uns zur Verfügung stellt, gibt ein lebhaftes Bild aller der Leiden und Qualereien, denen die „Politischen“ ausgesetzt sind. Der Mann schreibt:

Die Opfer der Regierung sehen gar nicht mehr wie Menschen aus, sondern ähneln ägyptischen Mumien. Sehr viele von ihnen haben schon ein Jahr und noch mehr in Untersuchungshaft verbracht. Schauerhaft müssen russische Arbeiter im politischen Untersuchungsfängnis ihre Zeit verbringen. 200 Mann sind in einem kleinen Raum eingesperrt; das Umhergehen ist ausgeschlossen, frische Luft gibt es überhaupt nicht, man kann höchstens aneinander vorbeischnellern. Durch die verpestete Luft sind verschiedene Krankheiten ausgebrochen; es stinkt abscheulich in der Kammer und die Diele ist vollständig mit Schmutz bedeckt. Viele Genossen haben Hungerstreik angekündigt; es ist besser den Hungertod zu sterben, als solche entsetzliche Qualen auszuhalten. Medizinische Hilfe gibt es hier keine, trotzdem der Arzt uns besucht, aber man darf ja nicht vergessen, daß er Gendarm ist. Und was von einem Gendarmen zu erwarten ist, haben wir schon im ekaterinoslawischen Untersuchungsfängnis für „Politische“ am 1. Mai gesehen, wenn die Arbeiter ihre Arbeit einstellten. Selbstverständlich waren arretierte Genossen mit den Streikenden solidarisch und was in ihren Kräften war, haben sie getan, denn sie wußten, daß das der Feiertag des Arbeiters der ganzen Welt ist und was er für eine Bedeutung hat. Die Arretierten wußten auch, daß jeder aufrichtig denkende Arbeiter diesen Tag feiern muß. Aber der russische Tyrann bedeckte die Mauern des ekaterinoslawischen Gefängnisses mit Arbeiterblut. Die Gefängniswände und die Diele waren mit Blut bespritzt; es war viel schlimmer, als man das im Schlachthaus sieht. Und das war alles von Menschen.

Vormittags steckten die politischen Gefangenen rote Fahnen aus den vergitterten Fenstern; das bemerkte ein treuer Diener des Zaren. Anfangs zeigte er sich erschrocken, aber kurz nachdem wurde das Alarmsignal gegeben. Darauf liefen sofort 16 Aufseher oder „Hähne“,

wie sie genannt werden, mit einem Oberaufseher herbei, mit verschiedenen Waffen ausgerüstet; sie stürzten sich in die Kammer hinein, wo die rote Fahne ausgehängt war, und fingen an, mit Säbeln links und rechts herumzuschlagen. Es fand eine scheußliche Mezelei statt. Geschrei und Jammer der verwundeten Genossen klang aus den Gefängnismauern weit in die Stadt hinein. Aus der Stadt liefen Frauen, Kinder, Mütter und Väter der Verhafteten nach dem Gefängnis, wurden aber schon von weitem durch Militär aufgehalten. Es wurden 30 Verwundete und Tote auf dem Kampfplatz gezählt. Abgehackte Finger lagen auf der Diele und Blut strömte aus den Köpfen der Genossen; verwundet waren sie am ganzen Körper, sogar Füße waren zerhackt. Das Gesicht von vielen war kaum noch zu erkennen. Nachher begaben sich die Mörder nach anderen Kammern und wüteten in gleicher Weise. Wenn die Säbel schon krumm waren, wurden sie wieder mit den Füßen gerade gebogen, und die Schlägerer ging weiter. Nach beendetem Schlägerei, erst nach einer halben Stunde, erschien der Gefängnischef und bemerkte: „Weshalb wolltet Ihr den 1. Mai feiern? Das ist doch nur Kinderspiel.“ Man konnte aber weitere Worte nicht hören; denn das Jammern und Geschrei der Verwundeten war zu groß. Nach einer Stunde kamen die größten Bluthunde, Gouverneur Alexandrow Prokurator und andere angefahren und gingen zu der Kammer Nr. 7 mit dem Geschrei: „Wer hat die rote Fahne aus dem Fenster gehängt?“ Aber es erfolgte keine Antwort; darauf wurde Alexandrow sehr böse, ging fort und schickte nachher Arzte einer Privatklinik. Das Geschrei der Verwundeten hörte gar nicht auf, sie litten sehr an Blutverlust, es fehlte Wasser, Medizin, Verbandzeug. Einige welche leichter verwundet waren, leisteten die erste Hilfe; sie zerrissen ihre Hemden und anderes Zeug und legten den Schwerverwundeten den ersten Verband an. Zerbrochene Säbel und Revolver lagen umher; die suchte der Prokurator selber auf; wie er sagte, komme das alles zum Protokoll; selbstverständlich war das bloß eine Komödie. Erst nach langer Zeit kam ein Ambulanzwagen und die Schwerverwundeten wurden nach dem Krankenhaus gebracht. So geht es heutzutage in den russischen politischen Gefängnissen zu.

Richtet man den Blick auf die anderen Gefängnisse, so sieht man dasselbe: zerfurcht und total ruiniert werden die Arbeiter nach dem weiten Sibirien transportiert; in die tiefsten Sümpfe und Tundren werden sie verschickt, wo ein lebendes Wesen kaum gefunden wird. Gewöhnlich müssen die Gefangenen fünf bis sieben Monate in Untersuchungshaft sitzen und dann werden sie nach Sibirien verbannt; die Familien müssen hungern. Ich kam in Sibirien in ein altes, zerfallenes, schmutziges Häuschen, ohne Familie, ohne einen Bekannten, alles wußt und öde; rund um mich Tundra und Urwald. Zu essen gibt es nichts; die russische Regierung zahlt uns 1 Rubel 50 Kopeken pro Monat, das sind annähernd 3 Mark. Es bleibt nichts übrig, als Tiere zu jagen, zu suchen, wie ein verhungertes Wolf. Wo mehrere zusammen sind, beschäftigt sich einer mit Tierfangen, der andere mit Fischfang, die übrigen bearbeiten Land für Brot und Gemüse. Alles wird da mit mangelhafter Bekleidung ausgeführt; auch die landwirtschaftlichen Geräte sind aus uralten Zeiten. Der bedauernswerte Arbeiter hat nicht genug im Gefängnis gelitten, er muß noch in Sibirien seinen Lebensrest in Schmerz undummer beenden. Uns fehlen Kleider; allerlei Krankheiten, wie der böse Typhus, verbreiten sich immer mehr und mehr unter uns.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 16. April.

Zuzug von Fischern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.
Die Streikleitung.

Travemünde. Gesperrt für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ist das Geschäft von Söhrmann.

Schneider übt Solidarität! Die Ortsverwaltung der Hamburger Schneider macht folgendes bekannt: Achtung, Kollegen allerorts! Von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes wurde erklärt, daß die hiesige Streikarbeit, wenn der Kampf nicht beendet werde, auswärts angefertigt werde. Speziell die Berliner Kollegen, welche ja jetzt in Arbeit, seien ausserhalb zu Vertretern an den Hamburger Streikenden und hat es den Anschein, als hätten diesbezügliche Verhandlungen schon stattgefunden. Also Vorsicht!

Personalien. Der Senat hat im Einvernehmen mit den Senaten von Bremen und Hamburg den Gerichts-assessor Leopold Brütte zum Assessor und Vorstandsmitglied bei dem Vorstand der Landes-Versicherungskasse der Hansestädte ernannt und seinen Dienstantritt auf den 15. April d. J. festgesetzt.

Kontrollversammlungen. In Curau beim Hause des Gemeindevorsteher's Horkmann: Am Mittwoch, den 17. April 1907, vorm. 8 1/2 Uhr, für die Mannschaften aus den Landgemeinden Curau, Dissau, Krumbek und Malfendorf. In Travemünde auf dem Marktplatz: Am Mittwoch, den 17. April 1907, vorm. 10 1/2 Uhr, für die Mannschaften aus den Ortsteilen Travemünde, Brodten, Dummersdorf, Gneversdorf, Herrenwyß, Jwendorf, Klebnitz, Böppendorf, Könnau, Siems und Lentendorf. Für die im Kreise Herzogtum Lauenburg gelegenen Lübeckischen Ortsteile: 1. In Rakeburg, Vorstadt auf dem Saberge: Am Donnerstag, den 17. April 1907, vorm. 9 1/2 Uhr, für die Mannschaften aus Altsfelde, Behlendorf, Giesensdorf, Garmsdorf und Hollenbek. 2. In Mölln, auf dem Berge neben dem Kirchhofe: Am Sonnabend, den 20. April 1907, vorm. 9 1/2 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Raffe, Poggensee, Rigerau, Gr. und Kl. Schretstaken und Tramm. 3. In Krummesse, vor dem Hause der Witwe Dorenberg: Am Donnerstag, den 25. April 1907, vorm. 9 1/2 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Weidendorf, Cronsförde, Dächelsdorf, Krummese, Moorgarten, Niemark und Sirktrade. In den vorstehend festgesetzten Terminen haben zu erscheinen; Sämtliche Reservisten, Wehrleute I. Aufgebots und Ersatzreservisten (einschließlich Halb-invaliden), die zur Disposition der Ortsteilbehörden Entlassenen und die zur Disposition der Truppenteile Beurlaubten. Ausgenommen sind: 1. diejenigen Wehrleute, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1895 in das stehende Heer eingetretten sind, da diese zwecks Überführung zur Landwehr II. Aufgebots an der diesjährigen Herbstkontrollversammlung teilzunehmen haben; 2. diejenigen Reservisten, Wehrleute und Ersatzreservisten der Landarmee, welche Schiffsahrt

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

H. T. V.
Vorstandssitzung 8 Uhr.

Franz Moll,
Anna Moll geb. Grove
Vermählte.

Für die vielen Beweise und Güteleistungen
zu unserer Hochzeit danken herzlich

Am 15. April starb nach kurzem aber
schwerem Leiden unser lieber Sohn und
Bruder **Hans** im Alter von 8 Jahren.

Dieses zeigen tiefbetrübt an
Emil Laabs nebst Frau
und Geschwister.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teil-
nahme und zahlreichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meiner lieben Frau, sowie Herrn
Pastor Legmeyer für die trostreichen
Worte am Tage der Beerdigung sage
meinen besten Dank.

H. Jacobsen und Kinder.

Für die vielen Aufmerksamkeit und Ge-
schenke anlässlich unserer lieben Hochzeit
danken herzlich

G. Schwarz und Frau.

Für die uns anlässlich unserer lieben
Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit danken
herzlich **J. Asmus u. Frau geb. Vob.**

Zu vermieten zum 1. Juli eine kleine
freundliche Wohnung
Gartenstraße 9-4. Näheres Engelstraße 75.

Brautpaar sucht Ende Mai eine Zwei-
stübchenwohnung im Preise von 170-200 M.
Ang. u. B R an die Exped. d. Bl.

Hausdiener

mit guten Zeugnissen sucht zum 1. Mai
J. H. Pein.

Gesucht ein Pausbursche
oder Laufmädchen

für den ganzen Tag.
Dan. Schlesinger Nachfl.
Breitestraße.

Sofort gegen Kassa zu verkaufen mod.
Küchenschrank 85 Mk., Sofa, Vert.,
Schreibtisch, Truhen 35 Mk., hoheleg. Salon-
garnitur 150 Mk., 1 Schlafz. Tisch, Spiegel,
Spiegelständer, Walmstraße 83, p. r.

Eine hübsche Garnitur, Sofa, 4 Stühle,
Tisch, Spiegelständer, 20 Liter-Weinflaschen,
antike Zinnen-Terrine, billig zu verkaufen
Schützenstraße 60, pt.

Zu verkaufen ein Kinderklavier, ein
Symphonion mit Klavier
Mitterstraße 29, l.

E. Boy, Fischhandlung
Fischerhof 11.
Markthalle Stand 46.



Wittwoch frisch eingeht:
Nutzunge, Schollen, Br. die Leisch, Goldbutt,
Zägl. Fr. ge. Büchlinge, Spratten, Male, Störflisch,
Danlastr. 30. Möncke 24, Gese Plattenstr.

schönen Dillier Fett-Käse,
Schweizer und Holländer und alten
Solheimer. — Billige Preise.
HEUER, Schützenstraße 21 a.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24

**Streichfertige
Oelfarben**

in allen Nuancen,
Pinsel und Bürstenwaren,
Paralinearum.

Schnell-
trocknendes und nicht liebendes

Fulshodenglanzöl
sowie sämtliche Artikel zur
Reinmacherezeit.

Otto Fehlaue
Kutenburger Allee 32.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Druckerlei des Ldb. Volksboten
Johannisstraße 46.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, dass ich
mit dem heutigen Tage in meinem Hause

obere Walmstrasse 17

ein
Spezial-

Herrenartikel-Geschäft

eröffnet habe. Indem ich bitte, unter Zusicherung guter Bedienung
mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne
Hochachtungsvoll

Rote Lubeca-Marken. Hans Kamerhuis.

„Die Neue Zeit“

— **Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie.** —

Redigiert von **Karl Kautsky.**

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Mittwoch nachmittag von 3-5 Uhr:

Grösseren Posten

Ochsenmarkknochen, sowie Abfall-Fleisch,
das Pfund 10 Pfg.

Frisch gesalzene Schnauzen und Pfoten,
das Pfund 15 Pfg.

Kalbsknochen, mit ziemlich viel Fleisch
das Pfund 7 Pfg.

Verkauft nur in der Fabrik **Beim Rethteich 14.**

Thüringer

Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik
August Scheere.

➔ Versand auch nach auswärts gegen Nachnahme. ➔

Schulschreibhefte

in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift
empfiehlt die

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Wiederverkäufer erhalten höchsten Rabatt.

• Versuchen Sie die Lübecker Rabatt-Margarine „Lubeca“,
sie ist schon in sehr vielen Geschäften zu haben. •

Achtung Hafenarbeiter!

Oeffentl. Versammlung
sämtlicher am Hafen u. auf den Holzlagerplätzen
beschäftigten Arbeiter

am **Mittwoch, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr,**
im „**Vereinshaus**“, **Johannisstrasse 50-52.**

Tages-Ordnung:

Die Aussperrung im Hamburger Hafen.
Referent: Redakteur **J. Stelling.**

NB. Pflicht eines jeden Hafenarbeiters ist es in dieser Versammlung zu
erscheinen. **Der Einberufer.**

Achtung Maurer!

**Mitglieder-
Versammlung**

am **Mittwoch, 17. April,**
abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.**

- Tages-Ordnung:**
1. Innere Verbandsangelegenheit.
 2. Berichterstattung vom Verbandstag.
 3. Wahl der Tarifkontrolleure u. des Disziplinar-Komitees zur Maifeier.
 4. Berichtedenes.

Der Vorstand.

**General-Versammlung
des Spar-Klubs „Alles da“**

am **Mittwoch, den 17. April,**
abends 8 1/2 Uhr
im **Polierkrug.**
Der Vorstand.

Sparclub „Tiergarten“.
Sente **Mittwoch:**

**Versammlung
Verein der Musikfreunde.**

Mittwoch, den 17. April 1907,
abends 8 Uhr

im **Kolosseum:**
31. Volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).
Leitung: Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Zum **Besten der Unterstützungskasse
des Vereins der Musikfreunde und
des Musiker-Pensionfonds.**
Solist: Herr **Fritz Scharf (Hart).**
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Figaros Hochzeit“ **W.A. Mozart.**
Thema und Variationen a. d. Suite in C-Dur
P. **Tschaikowsky.**
Fantasie aus „Der Bettelstudent“ **C. Millocker**
Fledermaus-Quadrille **J. Strauß.**
Programm im Lübecker Konzertanzeiger.
Alle Eintrittskarten haben Gültigkeit.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stg.

Vom 14. bis 20. April:
Freiburg im Breisgau.
S herrliche Schwarzwald-Szenarien.

Hausa Theater

Mittwoch, den 17. April:
Gastspiel

des
**Berliner
Apollo-Ensembles**

mit seinen aufs glänzendste
ausgearbeiteten Operetten von **Paul Lincke**
in erstklassiger Darstellung.
Zum **ersten Male in Lübeck.**
Zur Aufführung gelangen:

Venus auf Erden

Große Ausstattung Operette in 6 Bildern
von **Wolten-Bäckers.**
Musik von **Paul Lincke.**
In **Berlin 300mal,** vom **Apollo-En-
semble** in allen Großstädten Deutsch-
lands **1000mal** mit dem größten
Erfolge aufgeführt.

**Ein Abenteuer
im Harem.**

Operette in 1 Akt von **Paul Lincke.**
Beide Operetten gelangen jetzt zur
ersten Aufführung in Lübeck.

Grosses Ballett

Prima Ballerina: **Käte Schwebe.**
4 Solotänzerinnen,
36 Damen vom **Corps de Ballett.**
Ballettmeister: **Signor Ceruti.**
Vollständig neue Ausstattung
an Dekorationen, Kostümen und Licht-
effekten aus ersten Ateliers.

Vorverkauf bei **Sager.**
Donnerstag, den 18. April:
Dieselbe Vorstellung.

Wohnungsnot in Sicht.

Diesen Warnungsruf müssen wir ausstoßen, wenn wir die Statistik über die Bautätigkeit in Lübeck während des Jahres 1906 durchlesen. Während in früheren Jahren der Zugang an Wohnhäusern jährlich mehr als 200 betrug, kamen in diesem Jahre nur 133 hinzu (1905: 10055, 1906: 10188 Wohngebäude). Die Zahl der in ihnen enthaltenen Wohnungen stieg um 581 (1905: 22839, 1906: 23420 Wohnungen). Im Jahre 1905 war allerdings die Steigerung noch geringer, nämlich 103 Häuser mit 471 Wohnungen. Aber am Schluß des Jahres 1905 waren 141 Häuser im Bau begriffen, an diesem Neujahr nur 104. Es ist also klar, daß die ganz abnorm niedrige Bautätigkeit während zweier aufeinander folgender Jahre das Angebot an Wohnungen beträchtlich vermindern muß. Daß auch in diesem Jahr hier keine Besserung einsetzt bestätigt uns ein Gang durch die Straßen — man sieht im Gegensatz zu öffentlichen Gebäuden und Geschäftshäusern nur wenig Privathäuser im Bau. Die Tatsache der herannahenden Wohnungsnot wird schlagend belegt durch die Zahl der leerstehenden Wohnungen. Unter normalen Verhältnissen sollen diese mindestens 3-4 Prozent aller Wohnungen betragen. Es waren aber nur 2,56 Prozent (nämlich 599), gegenüber 4,1 Prozent im Jahre 1903 leer. Prüfen wir diese Zahlen noch genauer, so sehen wir, daß die Verhältnisse bei den Wohnungen, die für die Arbeiterschaft in Betracht kommen, noch ungünstiger sind. Von Wohnungen mit nicht mehr als zwei heizbaren Zimmern standen nur 2,3 Prozent zur Verfügung.

Worin haben wir nun die Ursache dieser bedrohlichen Tatsachen zu suchen? Der Verfasser des Artikels in den „Lübeckischen Blättern“, N., dem wir diese Zahlen entnehmen, macht sich die Sache leicht. Er erklärt sie durch die Streiks der Bauhandwerker und Tischler. Nach dem bequemen bürgerlichen Rezept sollen also wieder einmal die Arbeiter die Sündenböcke sein. Wir werden sehen, daß die Arbeitskämpfe nur ein ganz unbedeutender Grund sind, daß viel tiefere wirtschaftliche Ursachen hier mitspielen. Festnageln wollen wir aber doch, daß nach diesem Geständnis die Hartnäckigkeit der Arbeitgeber gegenüber berechtigten Forderungen ihrer Arbeitnehmer nicht nur den direkt davon betroffenen Arbeiterschichten schadet, sondern der gesamten Arbeiterschaft. Durch die Aussperrungstaktik der Arbeitgeber wird die Bautätigkeit unterbunden, die Zahl der neuen Wohnungen vermindert und dadurch natürlich die Mietpreise der übrigen Wohnungen gesteigert.

Noch untersuchen wir die viel bedeutungsvolleren allgemeinen wirtschaftlichen Ursachen, die in Wirklichkeit uns erst eine Erklärung für die geringe Bautätigkeit geben. Vor allem kommt hier die langdauernde Geldknappheit in Betracht, es sind für den Bau von Wohnungen nirgends Kapitalien verfügbar. Die Hochkonjunktur in der Industrie zieht alles Geld an sich. Die Fabrikunternehmungen, Schiffahrts- und Bergwerksgesellschaften heimlich jetzt hohe Profite ein, sie bedürfen der Förderung ihrer Produktion immer größerer Kapitalien. Sie können den das Geld leihenden Banken und Privatleuten hohe Zinsen bezahlen. Es wird alles Geld in diesen Gewinn bringenden Aktien angelegt, die Bauunternehmer können Bauspar- und Hypotheken überhaupt nicht oder nur zu so hohem Zinsfuß bekommen, daß sich für sie das Bauen nicht mehr lohnt, daß sie lieber auf Errichtung von Wohnhäusern verzichten. So sehen wir, daß die Industrieblicke, die den Kapitalisten reichlichen Gewinn abwirft, dem Arbeiter infolge der heutigen Wirtschaftsordnung Nachteil bringt. Nicht nur, daß er sich sein

Anteil an der gesteigerten Produktion erst durch harte Kämpfe erringen muß, es wird ihm das hierdurch vielleicht ein wenig gesteigerte Einkommen durch die mit der industriellen Hochkonjunktur verbundene Wohnungsnot und Mietsteigerung wiederum beträchtlich gemindert werden.

Neben diesem weltwirtschaftlichen Grunde kommen für Lübeck aber noch einige örtliche in Betracht. Die Grundstückspreise sind bis zur schwindelnden Höhe gestiegen, in St. Lorenz, also gerade, wo Arbeiter sich ansiedeln, wird für das Quadratmeter 35 M., ja 40 M. gefordert. Dabei sind augenblicklich bebauungsfähige Terrains kaum vorhanden, neue Straßen sind wenig angelegt. Von dem Grund und Boden, der sich gerade an die Stadt anschließt, ist ein großer Teil in den Händen einiger einflußreicher Personen, die sich mit der Verwertung ihres Besitzes mühen können.

Das Bauen selbst aber gerät auch immer mehr in die Hände der großen Baugesellschaften. Während früher die Ziegeleibesitzer und Baumaterialienhändler infolge ihrer gegenseitigen scharfen Konkurrenz jedem Maurergefellen, der sich dazu anbot, Kredit und Materialien gaben, haben sie jetzt untereinander Vereinbarungen getroffen und Kartelle gegründet. Jetzt wird nur noch zahlungsfähigen Unternehmern von ihnen geliefert, die kleinen Bauhandwerker sind ausgeschaltet. So vorteilhaft diese Maßnahmen für eine Gesundung des Baugewerbes sein mögen, die Wohnungsnot haben sie vermehrt. Die meisten Arbeiterwohnungen sind gerade durch die kleinsten Bauunternehmer, die bald Meister, bald Geselle spielen müssen, errichtet worden, die Großbauunternehmer haben wenigstens hier in Lübeck kein Interesse an diesen Bauten, deren Verwaltung und Instandhaltung ihnen wohl zu mühsam erscheint. So versagt gerade auf diesem sozialpolitisch so wichtigen Gebiet, bei der Frage nach der Unterbringung der arbeitenden Klassen das Privatkapital ganz und gar. Wie sollen sich erst die Verhältnisse gestalten, wenn durch die rapid sich vermehrende Zunahme der Fabriken die Arbeiterbevölkerung plötzlich in die Höhe schnell? Nur um den Profit sorgt sich das Kapital, nicht um die Frage, ob die, welche ihn erarbeiten, auch menschenwürdig untergebracht sind.

Man hat auch hier in Lübeck versucht dieses Versagen des Privatkapitals durch Gründung einer Baugenossenschaft, des „Gemeinnützigen Bauvereins“ wett zu machen. Er hat sicher preiswerte Wohnungen geschaffen und dadurch dem Wohnungsbel in etwas gesteuert, aber in den letzten Jahren versagt auch er vollkommen. Er hat keinen Grundbesitz mehr und behauptet, bei den gestiegenen Preisen keinen mehr erwerben zu können. Es mag das ja ein triftiger Grund sein, sollte aber nicht auch die Scheu vor in ihm maßgebenden bürgerlichen Persönlichkeiten ihren Klassengenossen, den Bauunternehmern und Grundbesitzern, wirkliche Konkurrenz zu schaffen, hemmend auf ein schnelleres Fortschreiten seiner verdienstlichen Tätigkeit wirken. Dann wäre es eine dringend notwendige Aufgabe der Mitglieder aus Arbeiterkreisen, die widerstrebenden Personen vorwärts zu treiben, den genossenschaftlichen Geist im Interesse der gesamten Arbeiterschaft neu zu entfachen! Aber wirklich weitgreifenden Einfluß auf die Steigerung der Wohnungsnot können wir nur von einem Eingreifen der städtischen Verwaltung erwarten. Auf das wirksamste Mittel, auf die Errichtung der Arbeiterwohnungen durch den Staat, dürfen wir vorläufig in Lübeck kaum rechnen. Dann müssen wir wenigstens fordern, daß der Staat wiederum aus seinem Besitz billiges Terrain für diesen Zweck hergibt. Wir müssen mit immer erneuter Kraft die Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert fordern, damit den Besitzern von zu Hauptplätzen geeigneten Grundstücken die Lust und der Grund genommen wird, sie der billigen Abgaben wegen

weiterhin landwirtschaftlich zu bewirtschaften, während sie im Interesse der Allgemeinheit bebaut werden müßten. Hierfür treten ja auch einige Bürgerliche ein, u. a. auch Herr Klein, der in Hoffnung auf eine Ungerechtheit der Wahlprüfungskommission sich verzehrende Kandidat. Der schlaue Mann will aber die Gärtnereien von dieser Steuer ausnehmen, er muß doch aber wissen, daß gerade diese am nächsten der Stadt liegen, daß gerade viele von den glücklichen Erben dieser Ländereien in den letzten Jahren Zehntausende in die Tasche steckten und nun wieder in der weiteren Umgegend größere Terrains für ihr Gewerbe erwerben. Aber wo der Nutzen einiger weniger in Betracht kommt, verläßt der sich so sozial gebärende Herr. — Andere Möglichkeiten für eine Förderung der Wohnungspolitik ausfindig zu machen, eine Wohnungsnot zur rechten Zeit festzustellen, und schnelle Abwehrmaßnahmen zu treffen, das alles wäre Aufgabe einer städtischen sozialen Kommission gewesen, wie sie unsere Genossen in der Bürgerchaft vorschlugen. Die Mehrheit stimmte sie nieder, wahrscheinlich in dem Gefühl, alles was von den Sozialdemokraten kommt, muß ihrem Profit irgendwie und irgendwo schaden. Die Arbeiterschaft wird sich's merken, und wenn nächsten die Mieten höher und höher steigen, wird sie unterscheiden können, wer ihnen helfen wollte und wer nicht.

Z.

Klassenkampf in Frankreich.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei richtet an die Arbeiter Frankreichs eine Kundgebung, in der gegen die Haltung der Regierung gegenüber den Berufsverbänden der Beamten Einspruch erhoben wird und die Arbeiter aufgerufen werden, ihrer Entrüstung öffentlich Ausdruck zu verleihen.

Frankreich befindet sich gegenwärtig in einem Zustande der „Aufklärung“. Alte Gezehe zeitigen ihre Folgen — Situationen klären sich — politische Parteien müssen ihre durch die Taktik so oft entstelltes Gesicht zeigen — Persönlichkeiten, die den Nimbus einer revolutionären Vergangenheit tragen, stehen als klaffenbewußte Bourgeois mit ängstlicher Gebärde da — der einflüchtige Generalstreiker Briand verwehrt einer der wichtigsten Beamtenklassen, den Lehrern, das Streikrecht aus Furcht vor einem Generalstreik — der draußängigerische Clemenceau schreibt diplomatische Briefe an diese Lehrer — eine in sozialpolitischer Beziehung als überradikal geltende Regierung benimmt sich den Staatsbeamten gegenüber so reaktionär wie nur möglich — und eine ganze Bevölkerungsschicht sieht wider die einst von ihr so gehätschelten Lehrer auf. Es ist, als ob jemand in einem Wasser die Schmutzkruke besetzt hätte, so daß man nun bis auf den Grund sehen kann. Eine Frage, die teils rein wirtschaftliche, teils aber auch rein politische Bedeutung hat, gab den Anstoß zu diesem klärenden Durcheinander: die Frage inwiefern die Staatsbeamten, insbesondere die Lehrer das Recht haben, sich wie jeder andere Beruf zu organisieren zur Verteidigung ihrer Rechte, zur Erringung besserer Gehaltsbedingungen, wenn es sein muß mit der Waffe des Streiks.

Das Gewerkschaftsgesetz von 1884, auf das sich jetzt die öffentlichen Beamten berufen, gewährt alle Garantien der unbeschränkten Koalitionsfreiheit, auch das Streikrecht. Als das Gesetz erlassen wurde, war die Frage der öffentlichen Beamten nicht aktuell: an die Möglichkeit, daß auch sie einmal Gebrauch von dem Gesetz machen könnten, dachte man nicht. Der Regierung fiel es nicht ein, den Arbeitern der staatlichen Tabak- und Zündholzmanufakturen, den Arsenalarbeitern, dem niederen Perso-

Ende gut, alles gut.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

(Schluß.)

Die teilnehmendste und zugleich anteilswerteste Zuschauerin von allem war die Gret. Ihr Herz wurde nach- einander von Empfindungen ergriffen, die sie in durchaus unbekannt, wunderbar neue Regionen emporsperrten. Die ersten Worte Michaels, der so unerwartet und mit solchem Ansehen ihr zu Hilfe kam, hatten sie mit Wohlgefühl überflutet. Sie starrte ihn an, erötend, verlegen — mit durchbrechender Freude. Als der Schneider den Gewaltigen anpackte, rief sie: „Bist du rasend?“ — und wollte ihn, von dem drohenden Streit erschreckt, in seinem Interesse zurückziehen. Wie sie nun aber den Verteidiger umzingelt sah, da fühlte sie eine andere Regung; mutig stürzte sie auf einen der Burtsche zu, ergriff ihn und wollte ihn wegweisen. Allein Michel stieß eben diesen Gegner auf die Seite, daß er über eine Bank taumelte — und als sie die Nieskraft sah, mit der er allein sich aller erwehrete, und der Glaube, daß ihm keiner was anhaben könne, unwiderstehlich in ihrem Gemüt auflebte, da trat sie auf die Seite.

Mit klopfendem Herzen und wogender Brust sah sie auf den Kampf, der wie ein Sturm vor ihren Augen brannte. Sie sah die Übermacht des Mannes, der ihr immer von allen der Besten gewesen war, mit Stöhnen und Entzücken. Was konnte es für sie Herrlicheres geben? Was konnte sie Schöneres und Kührenderes erblicken? Das tat er für sie! Das tat er, nachdem sie mit ihm getrunzt hatte wegen nichts und wieder nichts! Er, der größte und stärkste, aber auch der wackerste und rechtchaffenste Burtsche. Verschunden war alles, was ihr an ihm jemals lächerlich oder ärgerlich vorgekommen war — verschlungen von der Flamme der Kraft und des Mutes, die vor ihr aufloderte. Sie sah nichts als den Helden, der um ihretwillen kämpfte und alle niederstreckte! Sie sah ihn mit überströmendem Gefühl, mit wonnigem Stolz. Ihre Lippen zuckten; Tränen traten ihr in die Augen und rollten die glühenden Wangen hinab. Michel war fertig. — der Kampf hatte geendet. Drei der Gegner lagen am Boden und versuchten aufzustehen,

wozu ihre Mädchen, die sich vergebens bemüht hatten, abzuwehren, ihnen die Hände reichten. Ein paar andere konnten nicht mehr aus den Augen sehen und traten wankend zurück. Der Schneider und sein Nördlinger Kollege, der ihm tapfer zu Hilfe geeilt war, hatten geschwollene, blutende Nasen, blaue Augenringe und zerrissene, rotbefleckte Kleider. Michel stand siegreich da! Starkatmend, das Gesicht erblüht und schweißtriefend, die Haare in Unordnung, die Lippe ohne den linken Flügel — aber aufrecht und in der ganzen Freude des Triumphes. Ins Gesicht hatte ihn keiner getroffen, dafür hatten seine Arme gesorgt — und die blauen Flecke auf dem Leibe sah man nicht.

Seine Blicke suchten die Gret. Er sah sie, die Wangen tränenschnel, aber die Augen selig glänzend — und schnell wie der Blitz erhellte seine Seele die Erkenntnis ihres Gemüts. Mit stolzem Lächeln ging er auf sie zu und rief: „No, Margret, bist 'friebera' mit m'r desmol?“ — „O Michel“, erwiderte das Mädchen mit einem Ton aus tiefster Seele — „O Michel, was bist du für a Burtsch!“ — „Ja“, sagte er, „schwäha' ka'n e freile net wie a'n anderer, ond danza'n ond sprenga' ka'n e net, wie se's g'hört — aber ebbs' ka'n e doch doa' für a Mäde, auf die e ebbs' halt!“ — Die Gret schwieg und drückte ihm zärtlich die Hand.

In der Gewißheit seines Glücks und in Schwunge des Siegersgefühls wandelte den Burtschen eine heitere Laune an. Die Hand des Mädchens loslassend und einen Schritt zurücktretend sagte er: „Über wärle — i dua' grad als ob du mei' Schaz wärst, ond vergiß ganz, daß dei' Burtsch doh ist, der de auf d'Rirwe geführt hot. Wamma' se von oem ens Wirtshaus' fibra' loht ond gar mit m' auf da' Platz got.“ — Die Gret war bei den ersten Worten erötet, nun fiel sie ihm in die Rede mit einem Blick zugleich der Liebe, der Scham und des Vorwurfs: „Ist m'r denn ebbs' ander's' überbleiba', om di 'färgera' ond eifersüchtig 'zmacha'?“

Ein Seufzer ließ sich in der Nähe vernahmen. Er kam von dem unglücklichen Schneider, der an einem Seitentisch in einer wassergefüllten Schüssel sich wusch und nun hören mußte, daß er von der Gret nur als Mittel benutzt worden war. „Des' oh' no' (das auch noch)“, rief der

arme Kerl, indem er mit tragikomischer Miene nickend in die Schüssel sah. Michel aber ging strahlenden Angesichts auf das Mädchen zu, ergriff ihre Hand und rief: „So' isch' g'moet' g'wesa'?“ — „No, noch' gehört' mei' — ond der' Deufel en der' Höl' so de mir net widder nemma!“

Die ganze Szene des Streites und der Verständigung unseres Paars war natürlich schneller vorübergegangen, als wir sie zu schildern vermochten. Jetzt, nachdem sich alles begreiflich gelöst und der Kampf durch die Neben der Liebenden Licht und Sinn erhalten hatte, drängte man sich teilnehmend zu diesen heran. Der treue Kaspar gab erst dem Freunde die Hand, dann, mit heiterem Zunkeln, dem Mädchen, und wurde von dieser mit einem herzlich dankbaren Blick belohnt. Die Studenten konnten nicht widerstehen — sie mußten den Triumphator preisen und ihm gratulieren, was der Burtsche mit wohlgefälliger Würde entgegennahm. — Allgemeine Heiterkeit füllte die Stube. Sämtliche Zuschauer hielten es mit dem Sieger und Glücklichen und warfen spöttische Blicke auf die Geschlagenen, die den Schaden hatten. — In dieser Beziehung machen sie's im Ries' gerade so wie anderwärts!

Michel, in der Höhe seiner Stimmung, wandte sich zu seinem sonstigen Nebenbuhler und sagte halb mit Baise, halb gutmütig: „Schneider — nex' für o'guet! I' sig' ich', daß' eigentlich du an mei'm Glück schuld bist — ond i' hebant' me' schäa'!“ — Der Schneider, in welchem die Wut verdampft war und einem gewissen desperaten Humor Platz gemacht hatte, erwiderte sich die Nase reißend: „I' hebant' meh' o' schäa'!“ — Das Gelächter, das auf diese Art von Witz folgte, war die erste kleine Genugtuung, die dem armen Burtschen nach seiner Niederlage zu teil wurde. Michel fühlte einen Trieb, ihn wieder aufzurichten, und fuhr fort: „Onder' o's' g'fart, Schneider, du bist a' Deufelkerl!“ — „Wann alle so' g'schwend' ond so' wüabeng' g'wesa' wäret wie du — i' hätt' wärle' ko'e Fehle' häs' mea' auf'm' Leib. Aber i' will' d'r' ieg' zoega', daß' e' oh' ebbs' für de' doa' ta' weil' d'mer' mei' Jupp' so' schäa' verrißa' hofst, ieg' sollst' m'r' grad a' nua' macha' d'arfsa'. Won' ha'et' a' loß' e' bel' bit' ar' beta', ond i' hoff', i' ka' d'r' bald' meaner' 'doa' geba'!“ — „I' m'r' a'n' Ehr'“, erwiderte der Schneider mit ironischer Dörligkeit.

nal im Post- und Telegraphenwesen, den städtischen Bediensteten, die von ihnen sehr bald ausgenutzten Privilegien des Gesetzes von 1884 zu verjagen. Selbst die reaktionären Regierungen bildeten die Organisationen. In dem ersten scharfen Zusammenstoß kam es im vorigen Jahr, als der Minister der öffentlichen Arbeiten, Barillon, die streikenden Postbeamten verhaftete. Dadurch erhielt plötzlich die ganze Frage der Beamtenorganisationen aktuellstes Interesse. Durch die Ministerwechsel und den Kampf mit Rom wurde sie jedoch etwas von der Oberfläche weggedrängt. Innerhalb der in Betracht kommenden Schichten und Berufsklassen vollzogen sich aber inzwischen allerhand Ummwälzungen, vor allem garte es unter den Volksschullehrern. Die Bourgeoisie hatte diese bisher als ihr Lieblingskind ausgegeben; in bürgerlichen Veranstaltungen, auf allerhand Festlichkeiten wurde die Tätigkeit des „maître d'école“ hochgepriesen. Besonders die Links-Radikalen spielten sich als die Vertreter ihrer Interessen auf. Keine Regierung dachte daran, ihnen zu verbieten, sich zu organisieren. Denn in Wahlzeiten konnten sie große Dienste leisten. Ihre Stellung gehört in kleineren Orten naturgemäß zu der angesehensten. Sie spielten eine Rolle. Der Druck, den sie ausüben können im Interesse des ihnen angenehmen Kandidaten ist nicht gering. Die Regierung übte nach ihrer jeweiligen Zusammensetzung ihrerseits auf die Lehrer ebenfalls einen Druck aus, indem sie durch vor den Wahlen stattfindende Versammlungen, wenn es ihr notwendig erschien, auch durch Masseregungen, die erwünschte „Stimmung“ unter die Lehrer brachte.

Lange haben sich die Lehrer das gefallen lassen, lange ließen sie sich durch Versprechungen und Lobhudeleien von der richtigen Vertretung ihrer Interessen zurückhalten. Aber allmählich tat der Geist des Proletariats, dem die meisten der Volksschullehrer doch entstammten, seine Wirkung. Unter dem Einfluß einer zielbewußten, gutgeleiteten Agitation drang der Sozialismus, zuerst in schwankenden Umriß, dann aber in immer schärferer Klarheit in die Reihen der Lehrer. Sie lernten verstehen, daß sie ihre eigene Befreiung ebenso wie die der anderen nur als Kampfgesossen der organisierten Arbeiterschaft erreichen könnten. Der Beschluß, sich der Generalkommission der französischen Gewerkschaften anzuschließen, war die logische und mutige Konsequenz dieser Überzeugung.

Diese Entwicklung mag durch die Berufung des Ministeriums Clemenceau, vor allem aber auch durch die Ernennung des ehemaligen Sozialisten und Generalsekretärs Briand zum Kultusminister beschleunigt worden sein: durch den Glauben, daß die bürgerlich-radikale Regierung ein den Beamten gesetzlich zustehendes Recht selbstverständlich anerkennen würde. Die Enttäuschung blieb nicht aus. Gleich nachdem bekannt wurde, daß die Lehrer sich dem Gewerkschaftsbund der Arbeiter (Confédération Générale du Travail) anschließen wollten, erklärte Briand, daß er gegen die bestehenden Organisationen der Lehrer nichts habe, aber einen Anschluß an den Gewerkschaftsbund nie dulden würde. Trotz alledem folgte der Beschluß. In einem offenen Brief an Clemenceau, der in ganz Paris als Plakat angehängt wurde, legten die Vorsitzenden des Lehrerverbandes vorher die Gründe zu diesem Schritt klar, protestierten gegen die Haltung der Regierung und forderten Clemenceau zur Antwort auf. Zu gleicher Zeit wurde bei Briand eine „Audienz“ nachgesucht, die dieser auch bewilligte. Sie verlief ebenso rasch wie charakteristisch. Der Vorsitzende, Genosse Negre, wurde beim Minister eingeführt. Kurz fragte ihn der: „Übernehmen Sie die Verantwortung des Plakats: Offener Brief an Herrn Clemenceau?“ Negre bejahte für seine Person und als Beauftragter seiner Organisation, um von Briand die Antwort zu erhalten: „Dann habe ich Ihnen nichts mehr zu sagen“ und die Audienz war beendet, als Muster demokratischer Toleranz. Eine Unterredung mit Clemenceau war nicht zu erreichen. Die Blätter erhielten lediglich die Nachricht, daß Clemenceau auf das offene Schreiben antworten würde. Und die Antwort wurde endlich vor einigen Tagen durch die Agence Havas verbreitet, ehe der Vorstand des Lehrerverbandes sie in Händen hatte. Wir greifen einige bezeichnende Stellen heraus: „Keine Regierung wird es jemals dulden, daß die im öffentlichen Dienst stehenden Beamten den Arbeitern der privaten Unternehmungen angegeschlossen wären, weil dieser Anschluß weder vernünftig, noch gesetzlich ist.“ Nachdem

dann alle möglichen „Vorrechte“ der Staatsbeamten aufgezehrt sind, heißt es: „Sie stehen also außerhalb des für die im privaten Handel Entlohnten geltenden Rechtes. Deshalb kann und soll das Gesetz vom 21. März 1884 sich auf Ihren Fall nicht beziehen. Die Logik und der gesunde Menschenverstand sprechen gegen die in Ihrem Schreiben enthaltenen Proteste. . . . Ihr Platz ist deswegen nicht in der Arbeiterbörse. Ihr Platz ist auch nicht im Gewerkschaftsbund der Arbeiter. . . .“ Zum Schluß wird Clemenceau plötzlich weich, mahnt zur Einsicht und zur Beachtung des Gesetzes, versichert die Lehrer jedoch nicht nach gewohnter französischer Art seiner „vorzüglichen Hochachtung“, sondern „empfiehlt“ sich ganz einfach.

Durch das Schreiben des Ministerpräsidenten ist die Lage völlig geklärt — bis auf die entscheidende Hauptfrage, wer bei der Auslegung des bestehenden Rechtes im Irrtum ist. Ein Verwaltungsstreitverfahren kann entscheiden. Wahrscheinlich ist es jedoch, daß das Parlament ein neues, unzweideutiges Gesetz beschließen wird. Clemenceau hat ja vor kurzem schon einen Entwurf eingebracht, der einen scharfen Unterschied macht zwischen Beamten, die öffentliche, staatliche Dienstleistungen vollziehen und Arbeitern, die in Staatsindustrien beschäftigt sind. Es wird sich bei der Debatte in der Kammer zeigen, wie weit die auf ihren ersten sozialpolitischen Reformen so laut pochende bürgerliche Linke mit Clemenceau und Briand geht — wo sie die Grenze stecht zwischen ihrem Ertz zu reformieren und ihrem Instinkt, Grundfesten der heutigen Gesellschaftsordnung zu schonen.

Von dem Resultat der Verhandlungen im Parlament kann vieles abhängen. Gelänge es, ein für die Staatsbeamten aller Kategorien günstiges Gesetz durchzubringen, dann würde die leider heute noch so starke antiparlamentarische Tendenz der französischen Gewerkschaften einen Stoß erleiden. Aber auch diejenigen, welche die von den Gewerkschaften in Frankreich heute noch stark propagierte „direkte Aktion“ unbedingt verwerfen, könnten aus dem Kampfe etwas lernen. Das Vorgehen der Lehrer trägt in gewissem Sinne den Charakter der direkten Aktion. Den einen würde es klar werden, daß dieses Vorgehen nur durch die Unterstützung des Parlaments zum endgültigen Erfolg geführt werden konnte, den anderen, daß die Haltung des Parlaments durch das direkte Vorgehen mindestens stark beeinflusst wurde. Der Ausgang des Kampfes kann also zu einem Markstein in der Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung werden. Und insofern verdient er eine viel größere Beachtung, als ihm bisher geschenkt wurde.

Soziales und Partelleben.

Der Kampf im Schneidergewerbe. Die Berliner Herrenmehrschneider beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen und sich mit dem Erzeugnisse vorläufig zufriedenzugeben. Der neue Tarif ist in fünf Klassen eingeteilt. Hinsichtlich der Wochenlöhne der Tagsschneider wurde vereinbart: für die 1. Tarifklasse 34—37 Mk., für die zweite und dritte Klasse 32—35 Mk. und für die 4. und 5. Klasse 30—33 Mk. Der eigentliche Minimallohn erhöht sich danach um nicht weniger als 3 Mk. Nach den Vorschlägen der Arbeitgeber sollten die Wochenlöhne in den verschiedenen Tarifklassen 25—36 Mk. betragen. Es ist also hier doch etwas erzielt worden. Übrigens soll jeder Gehilfe mehr Lohn erhalten als bisher, sodas also auch denen, die die festgelegten Minimallöhne schon erreicht haben, Zulage gewährt werden muß. Eine Herabsetzung der 10stündigen Arbeitszeit konnte bei den Verhandlungen leider nicht erzielt werden, doch soll diese Forderung der Tarifkommission zur Berücksichtigung überwiesen werden. Das wichtigste Ergebnis des sechsmonatigen Kampfes ist, daß die verworrenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Beruf durch ein geregeltes Tarifverhältnis beseitigt werden und damit auch Lohn-erhöhungen eintreten, wenn nicht in dem Maße, wie es menschenswert wäre. Die Arbeitgeber wollten bestmöglich von Anfang an überhaupt keine Lohnerhöhung zugehen und die Tarifberatung auf den Hochsommer verschieben, in eine Zeit, wo die Gehilfen fast in der Lage sein würde, einen Druck auf die Unternehmer auszuüben. Sie haben sich nun also doch genötigt gesehen, den Forderungen der Gehilfen ein gut Teil entgegenzukommen. Eine Versammlung der Schneider beschloß, den Abmachungen zuzustimmen und am Freitag die Arbeit aufzunehmen, obgleich sich lebhafteste Unzufriedenheit darüber kundgab, daß keine Arbeitszeitverkürzung erreicht worden ist. Weitere Be-

schlüsse, die Arbeit nicht aufzunehmen, liegen aus Köln, Düsseldorf und aus Stuttgart vor. In Köln wurde beschlossen: 1. Die Arbeit wird nicht eher aufgenommen, bis in den Streitorten die Tarife geregelt sind; 2. behalten sich die Gehilfen die Entscheidung darüber vor, ob sie mit näher zu bezeichnenden Arbeitern, die den kämpfenden Kollegen während der Aussperrung in den Kälten gefallen sind, weiter zusammen arbeiten; 3. lassen sich beide Organisationen auf die Abmachung unter keinen Umständen ein, daß die Arbeiter verpflichtet werden, in die Geschäfte zurückzukehren, in welchen sie vor der Aussperrung arbeiteten. In Düsseldorf beschloß man, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis ein Tarif mit dem Arbeitgeber vereinbart ist. In Stuttgart beschloß eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Schneiderverbandes, nachdem die Frage ventiliert worden war, ob man sich alle zwei Jahre für nichts und wieder nichts auf Pfaster setzen lassen sollte oder ob man sich durch Aufstellen von Forderungen gegen Brutalitäten solcher Art ein für allemal schützen könne, folgende Forderungen an den Arbeitgeberverband zu stellen: 1. 10 Prozent Lohnerhöhung, 2. Verlegung von Betriebswerkstätten, 3. Es dürfen nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Der frühere Obermeister der Zwangsinnung, Herr Dreher, hatte bei der nun beendeten Aussperrung seinen Kollegen vom Arbeitgeberverband gegenüber behauptet, 12 Arbeiter entlassen zu haben. In Wirklichkeit hatte er aber nicht ausgesperrt. Durch diese Machination, die vielleicht noch mehrere der Herren gemacht haben, kam es, daß der Arbeitgeberverband mehr ausgesperrte Schneider und mehr aussperrende Firmen zählte, als wie die Gehilfenorganisation. Die Unternehmer prüften nun die Liste der von Dreher angeblich ausgesperrten Arbeiter. Und siehe da, es fand sich, daß die Namen der Arbeiter singulär waren. Sie konnten weder auf der Ortskrankenkasse, noch bei der Polizei festgestellt werden. Wegen dieser Machination wurde der frühere Scharfmacher aus dem Arbeitgeberverband ausgeschlossen. In einer Schneiderverbandssammlung zu München wurde mitgeteilt, nach dem bei dem Arbeitgeberverband eingelangten Depeschen lehnen es bis jetzt in nicht weniger als 17 Kälten die Gehilfen ab, unter den vereinbarten Friedensbedingungen die Arbeit aufzunehmen. Der Organisationsleiter Landbeck empfahl dringend die Arbeitsaufnahme, fand aber kein Gehör. Alle Schneider forderten mit Nachdruck, unter keinen Umständen eher die Arbeit aufzunehmen, bis an allen Orten, wo in Lohnbewegungen eingetreten wurde, vor Aufnahme der Arbeit ortsgruppenweise Tarife abgeschlossen sind. Seien bis Montag die Tarife abgeschlossen, dann könne die Arbeit aufgenommen werden, sonst aber unter keinen Umständen. Einmütig faßte die Versammlung folgende Resolution: „Die heute versammelten Schneider Münchens erachten es unter ihrer Würde, unter solchen schmerzhaften Friedensbedingungen, wie sie auf Grund der Vereinbarungen zwischen den beiden Hauptverbänden rechtsunwürdig den Schneidern Deutschlands diktiert wurden, wieder in die Werkstätten zurückzukehren. Die Versammlung erwartet von den ausgesperrten Kollegen, daß sie auch fernheim im Zustande verharren, und zwar so lange, bis die Tarifverhandlungen in den einzelnen Orten erledigt sind.“ Wie die „Münchener Post“ mitteilt, haben am Freitag vormittag 10 Uhr in München zwischen dem Arbeitgeberverband und der Gehilfenorganisation neue Verhandlungen über die Beilegung der Differenzen im ganzen Reiche begonnen.

Verbandsrat der Maler. Zu dem Reserat von Markt-Hamburg über das Kleinverleihegesetz fand folgende Resolution Annahme: „Die Generalversammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die auf Grund des § 120c der Gewerbeordnung vom Bundesrat am 27. Juni 1905 erlassenen Vorschriften für die Betriebe des Malers, Anstreichers, Tänscher, Weißbinder und Lackierergewerbes von den Unternehmern obler Betriebe in jeder Art und Weise umgangen werden. Die vom Vorstand der Vereinigung veranlaßte Erhebung über die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen zeigt, daß, nachdem die Bestimmungen am 1. Januar 1907 ein Jahr in Kraft waren, in der überwiegenden Mehrzahl der Betriebe von ihrer Innehaltung keine Rede ist. Dabei muß aber konstatiert werden, daß ein guter Teil dieses ungesetzlichen Verhaltens der Unternehmer auf die ungenügende Kontrolle der Gewerbeinspektoren und der zuständigen Polizeibehörden zurückzuführen ist. Zugleich aber hat sich auch, worauf die organisierte Arbeiterschaft stets hingewiesen hat, aufs neue bestätigt, daß ohne vom Staate fest angestellte, praktisch erfahrene Arbeiterkontrolleure, die von den Arbeitern zu wählen sind, keine Garantie für die strikte Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen gegeben ist. Die Generalversammlung erhebt energischen Protest gegen die Handlungsweise der Unternehmer den Gehilfen gegenüber, die für die Bundesratsvorschriften eingetreten sind

Die Gret hatte dem Michel mit froher Bewunderung zugehört. Wie kam er plötzlich dazu, mit andern Spaß zu machen und so nette Dinge zu sagen? — Eine neue Jugend, die sie ihm nicht zugewart hätte, und deren Hervortreten sie in große Freude versetzte.

Die Szene war friedlich, ja ergötlich geworden. Sie hatte große Ähnlichkeit mit der Auflösung eines Lustspiels, wo alles in Heiterkeit verflungen und der heftige der vorangegangenen Konflikte eben am pikantesten erscheint. Zum Glück hatte der Streit keine tragischen Folgen gehabt. Niemand war gefährlich verletzt. Die Geschlagenen und Betäubten erholten sich wieder, nahmen Trost an und hofften in wenigen Tagen geheilt zu sein. Alles hingte sich in seine Lage, und das Vergnügen wollte eben wieder seinen Lauf nehmen, als auf einmal von außen her der eintüftel herrliche Ruf erscholl: „Wo ist's? Wer hat die Freiheit gehabt“

Ein Gendarm trat herein, nicht einer von den gutmütigen und volksfreundlichen, wie es deren gibt, sondern ein grimmiger, der als Repräsentant des Gesetzes das Gefühl hatte, daß sich eigentlich alles vor ihm vertriehen müsse. Er hatte im freien Spazierend, erst jetzt von der Schlägerei Kenntnis erhalten und eilte herbei, die Schuldigen herauszufinden und Anzeige zu machen. „Wer hat hier geschlagen? Wie ist der Streit angegangen? — Antwort?“ — „Auf diese mit funkelnden Augen und vernichtender Miene herausgehobene Rede trat Michel großartig vor und sagte: „Ich den's, der Streit g'heht hor! — i hab' a halb's Duzer Kerl zamm'schlagen, die auf me loasganga' send — ih alsoe! Me! Nam' in Josaphan Michael Schwab, ond i ben vom Dorf. So, iez noch'r, was er wissa' mueß. Jetzt zoem'r me a' ond was m'r noch'm Recht g'heert, des will e haba.“ — Der Gendarm, von dem riesigen Burischen etwas imponiert, aber vom Stolz dieser Rede noch mehr indigniert, verziehte streng und mürrisch: „Was ist das für a' Kuppel! — Raufen!“ — Schon war er bereit, dem Gendarmen hinauszuweisen, was ihm nach seiner Meinung gebührte, als auf einmal ein junger Bursche aus der Menge heraus mit feierlich heller Stimme rief: „Der Schneider hat a' gefangt!“

Allgemeines Schallendes Gelächter folgte dieser Erinnerung an eine komische Wahrheit und ließ sich nicht mehr beruhigen. Der Gendarm fand für gut, sein strenges Wesen,

auf das niemand mehr achtete, heiser zu setzen und mit pflichtmäßiger Ruhe die zu seiner Anzeige nötigen Erkundigungen einzuziehen. Währenddem fasste die Gret den Michel bei der Hand und sagte im Ton herzlichsten Bedauerns: „Jetzt kommt no' en O'gelegenheit, Michel — wegga' mir!“ — „Zwei m'r wärte recht von Herza' loeb (leib)!“ — „Wah,“ erwiderte der Bursche — „da' Koepf kost des no' lang net! — Ond wann's ander't ganga' wär — ond wann's in loita' dat — 's dat me net ruita (reuen)!“ — „Das war ein feines Kompliment für die Gret! — Das Mädchen fand, daß Michel auch besser reden könnte als alle Bursche, die sie bis jetzt gehört hatte — und ihre Freude kannte keine Grenzen.“

Nach einer Weile finden wir das Paar auf dem Wege zu dem Hause Michels. Die Fischotterkappe und der abgeriffene Juppenzipfel hatten sich wiedergefunden und dieser war von der Gret angeklüft worden, so daß unser Held mit Ehren durch die Gasse gehen konnte. Eine Überraschung war der Mutter freilich nicht mehr zu bereiten, denn Kaspar, der Getreue, hatte sich schon zu ihr verfügt und ihr alles erzählt. Die gute Alte fühlte eine unendliche Liebe zu der Gret. Wäre sie eine gebildete Frau gewesen, sie wäre der Schönen, Lieben und Klagen mit den zärtlichsten Ausdrücken um den Hals gefallen. Als ein Weib aus dem Dorfe, wo Umarmungen weniger vorkommen, ergriff sie die Hände der künftigen Söhnerin und preßte sie, während die herrliche Erfüllung des so lange verlangten gebliebenen und schon aufgegebenen Herzenswunsches ihr Freudentränen in die Augen rieb. „Du,“ rief der Sohn ihr vergnügt zu, „hab' e net g'fakt, daß i ebbes durchgeh, wann i amol drauf ausgang?“ — „Ja, des g'lob' e,“ erwiderte die Mutter, „wamma' des Glück hot, wo du ha'er g'heert hoit: dah ka'n a'n jeder zu ebbes tonma!“ — „Ja, lieba Mutter,“ versetzte Michel, „Glück mueß ma'n scho allweil haba, wamma'n ebbes durchgehga' will en deat schlechta' Welt! Ohne des got ner!“

Wir brauchen nicht zu sagen, daß der wackere Vater der Gret, zu dem man sich gleich nachher verfügte, unserem Paare kein Hindernis in den Weg legte. Er mußte sich am Ende auch sagen, daß der Michel als Mann der Gret eine bessere Figur mache als der gute Kasob. Nachdem er seine Einwilligung erteilt hatte, sah er übrigens die Tochter lächelnd

an und sagte: „O mir Weibsbild'r, en ul keint se doch koe Wenta' aus!“ — Michel, seinen Arm um die Götliche schlingend, erwiderte heiter: „I moenet iez doch, i dat me aus' kenna' en deat doh!“

Unsere Geschichte ist zu Ende. Damals glaubte man nicht, daß die bürgerliche Gesellschaft in Gefahr sei, wenn bei einem Bauernfeste eine kleine Schlägerei vorfiel. Man sagte bei Gericht die Sache von der heiteren Seite auf, und die Beteiligten kamen mit verhältnismäßig leichten Strafen davon.

Auf den Schneider hatte die Erfahrung, die er machte, eine günstige Wirkung. Nachdem er als derjenige, welcher nachweislich zuerst geschlagen, auch noch am bedeutendsten gestraft worden war, suchte er sich von dem „Spruch“, der ihn bis dahin beisehen hatte, so ziemlich geheilt. Er lernte sein Verhältnis zur Welt in richtigem Lichte sehen und verzog nach Art der gutmütig eltern Menschen nicht nur dem Michel, sondern auch der Gret, welche bei schließlicher Gelegenheit ihn herzlich um Verzeihung bat und hinzusetzte: daß sie sich eine solche Freiheit nicht genommen hätte, wenn er nicht ihr Vetter und ihr außerdem als ein herzenguter Mensch bekannt gemessen wäre! — Bald nachher sagte der Gute zu seinen Kameraden: „Am End' isch mei' Glück, daß e die net kriegt hab!“ Und die Kameraden stimmten ihm lachend bei. In der Folge heiratete er eine kleine, Feine und Gutmütige, die ihn respektierte, und lebte als Dorf-schneider zufrieden und glücklich.

Unser Paar feierte den Ehrentag noch in demselben Jahre. In der Zwischenzeit hatte die Gret den Michel so weit gebracht, daß er nach dem Heimgang von der Kirche zu allgemeinem Beifall mit ihr tanzte. Unter dem Gemurmel deselben lang Kaspar, der Hochzeitknecht, mit fröhlichem Miene das herkömmliche Liedchen, womit wir die Erzählung beschließen wollen:

Die ersten drei Reichen
Sind aus und vordel,
Und nun steht das Tanzen
Jedem anderen frei! —

und erwartet, daß in Zukunft von den zuständigen Behörden mit aller Schärfe auf die vollständige Einhaltung der einzelnen Vorschriften geachtet wird. Zu diesem Zwecke verpflichtet die Generalversammlung alle Mitglieder, den Hilfsverwaltungen und Bezirksleitern alle Verstöße gegen die Bundesratsvorschriften in unserem Gewerbe umgehend mitzuteilen, damit die zuständige Gewerbeinspektion und die Polizeibehörden davon sofort in Kenntnis gesetzt werden. Unser Standpunkt ist einzig und allein ein gesetzliches Verbot der Verwendung aller bleibenden Farben. Angeseht dessen, daß auf diesem Wege bereits eine Reihe von Staaten vorangegangen sind, daß Frankreich, die Schweiz, Belgien usw. ein Verbot der Verwendung von Bleifarben bei staatlichen Arbeiten erlassen haben, erwartet die Generalversammlung, daß die deutsche Reichsregierung mindestens vorläufig ein Verbot der Bleifarben zur Verwendung bei Innearbeiten erläßt. Dringend notwendig ist es auch, daß jede ärztlich festgestellte Blei- oder Kupfervergiftung der Gewerbeinspektion zur Kenntnis gebracht wird. — Das Referat von Leinert Hannover über Minimalleistung und Akkordtarif leitete die Annahme folgender Resolution:

Die Generalversammlung kann die Akkordarbeit als eine erstrebenswerte Arbeitsmethode nicht anerkennen. Angesichts des sich gegenwärtig vollziehenden Entwicklungsprozesses in der Lohnform und der Arbeitsmethode des Arbeitergewerbes, beschließt die Generalversammlung, da es sich zunächst um tatsächliche Fragen handelt, eine Entscheidung über diese Punkte nicht zu treffen. Sie beauftragt den Vorstand, über die Fragen der Akkord- und Bauarbeit sowie über die Mindestleistung Aufklärung in den Kollegienkreisen zu schaffen, um diesen dann auf diese Weise die Folgen dieser Arbeitssysteme zum Bewußtsein zu bringen und sie zum Kampfe gegen deren Schäden durch den Einfluß der Organisation zu veranlassen. Der Vorstand wird beauftragt, auf Grund des von Leinert gehaltenen Referats eine Broschüre herzustellen. — Über die internationale Konferenz erstattete Töbeler den Bericht.

Verbandsrat der Bauarbeiter. Ein Antrag fordert Festsetzung des Grundgehalts der Lokalbeamten auf 1800 Mark; wo dies Gehalt schon besteht, werden 100 Mk. zugelegt. Im übrigen allgemein 1908 bis 1909 je 100 Mk. Zulage und dann jährlich 70 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2500 Mk. Urlaub von 14 Tagen. Der Antrag wird angenommen. Es wird beschloffen, die Vorstandsbeamtengehälter für alle Beteiligten gleich zu bemessen (2400 Mk. bis 3000 Mk.) für die Gauleiter von 2000 bis 2500 Mk. Die Anstellung eines zweiten Redakteurs wird beschlossen; die Stelle soll ausgeschrieben, zur Bewerbung sollen auch Angehörige anderer Organisationen zugelassen werden. In den Hauptvorstand wurden Behrendt, Brandmohr, Lange, Wrede, Mohnt, Töpfer wiedergewählt, als Referenten Kommerente-Hamburg, Albrecht-Lübeck, Clausen-Bremen. Der Sitz der Bezirkskommission bleibt Hamburg, der des Ausschusses Berlin. Das Fachblatt soll künftig in der Regel achtfach erscheinen. Den Schauerleuten wurden 5000 Mk. bewilligt. Kurz nach 11 Uhr wurde der Verbandsrat in üblicher Weise geschlossen.

Strafkonto der Arbeiterbewegung. Im Monat März wurde gegen in der modernen Arbeiterbewegung tätige Genossen von deutschen Gerichten auf 1 Jahr, 10 Monate, eine Woche Gefängnis, 12 Tage Haft und 2019 Mk. Geldstrafe erkannt.

Aussperrung in Kopenhagen. Die seit einigen Tagen angeordnete Aussperrung auf den Schiffswerften ist in Kraft getreten. Die Aussperrung umfaßt auf den Kopenhagener Werften von Burmeister und Wain 2000 Arbeiter, auf dem Kopenhagener Schwimmboot- und der Kopenhagener Schiffswerft 800, auf der Schiff- und Maschinenbauerei in Helsingörs 480 Arbeiter. In allen Betrieben sind nur Arbeiter der Schiffswerften von der Aussperrung betroffen, während die Maschinenabteilungen die Arbeit unverändert fortsetzen.

Vorsicht vor Arbeitsangeboten oder Gesuchen von Arbeitskräften jeden Berufes nach den Vereinigten Staaten. Wie schon häufig der Umstand rächt, daß deutsche Arbeiter auf Stellenangebote amerikanischer Firmen, die mit ihren Arbeitern in Differenzen liegen, hineinfallen, bemerkt folgende Mitteilung, die dem „Schiffschen Volksblatt“ in Zwitkau von amerikanischen Genossen zugeht: 10 Lithographen betriefft.

Zehn deutsche Lithographen, welche auf verschiedenen deutschen Dampfern während der letzten Woche hier eingetroffen sind, sitzen auf Ellis Island wegen Verletzung des Kontraktarbeitergesetzes fest. Die Leute sind alle zur Deportation verurteilt worden. Sie wollten zu einer Lithographenfirma nach Syracuse, N. Y. und gestanden vor den Inspektoren ein, daß sie eine Anzeige nach Lithographen, welche die Firma in einer deutschsprachigen Fachzeitschrift hatte einrücken lassen, gelesen hätten und daraufhin nach Amerika gekommen seien.

Wie leicht Arbeiter, denen schon Beschäftigung in diesem Lande versprochen worden ist, sich auf Ellis Island verraten, wurde kürzlich bewiesen, als ein kräftiger junger Ungar, welcher vom Dampfer „Garpatha“ kam, vom Inspektor befragt wurde, zu wem er reise.

„Zum Onkel nach Chicago,“ war die Antwort.
„Was macht der Onkel und wie viel verdient er?“
„Er arbeitet in einer Fabrik und bekommt zwei Dollars den Tag.“

„Was wollen Sie selbst in Chicago tun?“
„Auch in der Fabrik arbeiten,“ war des Unglücklichen Entgegnung.

Selbst bei der nächsten, in harmloser Art gestellten Frage: „Werden Sie denn auch gleich zwei Dollars pro Tag bekommen?“ schöpfte der Mann keinen Verdacht, sondern jagte freich und strahlend „Ja“.

Jetzt war es natürlich um den Ärmsten geschehen. Er mußte vor die Inquisitionsbefehde, die ihn prompt ausschloß.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 15. April 1907.

29. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowski.
Die Generaldebatte über den Etat des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt.

Horn (S.): Gerade wir Sozialdemokraten würden uns freuen, wenn die bürgerlichen Parteien den im Graben stehenden sozialpolitischen Karren wieder flott machen würden. Wenn Sie aber Ihre schönen Versprechungen nicht in Taten umsetzen, dann werden wir Niedergerittenen Ihnen die Maske vom Gesichte reißen. (Zust. b. d. Soz.) Herr Pauli-Posdam warf uns neuerlich wieder einmal unsere Abstimmung beim Krankenversicherungsgesetz vor. Wir haben gegen das Gesetz gestimmt, weil es durch Ablehnung aller unserer Verbesserungsanträge für uns unannehmbar wurde. Die Herren Pauli und Stresemann klagten wieder einmal über den Terrorismus der Gewerkschaften. Wenn Herr Pauli Terrorismus kennen lernen will, dann

möge er sich nur die Aussperrung im Tischlergewerbe ansehen. (Zust. b. d. Soz.) Auch Herr Stresemann wird, wenn er will, genug Terrorismus in Unternehmungskreisen finden. Ich habe hier ein Schreiben des Verbandes der Glasindustriellen Deutschlands. In dem Schreiben werden 71 Glasarbeiter namhaft gemacht. Dieselben sollen arbeitslos gemacht und dem Hungertode überliefert werden, weil sie sich gegen die schändliche Behandlung aufgelehrt haben, die sie von einem Schleifmeister und mehreren Vorarbeitern der Firma Klein zu Wachen erfahren. Das aber nennen Sie nicht Terrorismus. (Sehr gut b. d. Soz.) — Allmählich hat ja auch das Zentrum die Notwendigkeit eines verbesserten Arbeiterschutzes in der Glasindustrie erkannt. Freilich trägt es selbst in hervorragender Weise Schuld an dem mangelhaften Zustande des Arbeiterschutzes in den Glasbetrieben. Alle unsere auf Verbesserungen in dieser Richtung zielenden Anträge sind vom Zentrum bekämpft und abgelehnt worden. Das Zentrum dringt jetzt auf eine Verordnung, welche den sanitären Maximalarbeitszeit in den Glashütten einführt und die Sonntagsruhe mit Ausnahme der erforderlichen Feinarbeiten verbietet. Dahingehende Resolutionen, vom Zentrum und von uns beantragt, sind schon von dem vorigen Reichstag angenommen worden. Der Bundesrat aber will erst noch lange Erhebungen veranstalten. Die angebotene Sonntagsruhe in den Glashütten ist Nul und Nichts geblieben. Verbiete man doch endlich einmal auf dem Wege der Verarbeitung der Glasmasse an Sonn- und Festtagen für alle Betriebe. Die ungeheuerliche, bis zu 2000 Grad steigende Hitze, die den Eisenheben und Rollen verursacht, legt die Arbeiter und Schmelzer der Gefahr der Erblindung aus. Private Verhütungsmittel können keine genügende Abhilfe schaffen; es müssen gesetzliche Vorschriften erlassen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich freue mich, daß meine Schilderungen wenigstens zu Erhebungen und Berichten geführt haben. Auch die vorrichtigen Sozialpolitiker sind da in einig, daß hygienische Anordnungen und Verkürzung der Arbeitszeit in den Glashütten dringend notwendig sind. Unbedingt notwendig ist das Verbot der Nachtarbeit, mindestens für die jugendlichen Arbeiter. Die Glasindustrie ist sehr wohl in der Lage, sich einem generellen Verbot der Nachtarbeit anzupassen. Hat doch bereits das Verbot der Kinder- und Frauenarbeit an den Schleifständen gute Wirkung getan. Eine achtstündige Arbeitszeit, die für alle gilt, kann die Konkurrenzfähigkeit nicht beeinträchtigen. Auch würde es sehr wohl möglich sein, internationale Vereinbarungen zu treffen. Dänemark, Belgien und Frankreich sind auf Erträgen der Arbeiterorganisationen schon mit Verbesserungen vorgegangen. Die Einschränkung der Produktion würde die Preisgefahr nicht vergrößern, sondern verringern. Wenn die Parteien von Normann bis Naumann so fest überzeugt sind, durch ihre Sozialpolitik der Sozialdemokratie den Varaus zu machen, so mögen sie nur für Reformen sorgen, die das Klein- und Geplagte Glasarbeitervolk wenigstens etwas erleichtern. (Lebhafter Beifall bei den Soziald.)

v. Dirksen (Rpt.): Wir können tun, was wir wollen; die Sozialdemokratie werden wir nicht befriedigen. Wir fordern im Sinne unseres verstorbenen Lehrv. Summ eine vorrichtige Fortführung der Sozialpolitik. Es beruhigt uns, daß an der Spitze des Reichsamts des Innern ein Mann von der hervorragenden Sachkenntnis des Grafen Pjadosowsky steht. — Herr Naumann hat ja sehr geschickt gesprochen; aber der Beifall, den die äußerste Linke ihm zollte, könnte ihm zeigen, daß er nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt. — Das preussische Vereinsrecht ist reformbedürftig; aber Minderjährige müssen aus den politischen Versammlungen ausgeschlossen werden. Dem Staatssekretär ist nicht die Aufhebung des Verbindungsverbotes an sich, sondern der gewählte Zeitpunkt nach der unqualifizierbaren Behandlung der Arbeitswilligenvorlage durch den Reichstag von uns zum Vorwurf gemacht worden. — Redner kündigt einen Antrag seiner Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus auf Reform der Gebäudeordnung an und bedauert, daß man nicht schon in dieser Session mittelständische Vorlagen eingebracht habe. — Es steht fest, daß die Sozialdemokratie mittelstandsfreudig ist. Ich muß dabei bleiben, daß die sozialdemokratischen Agitatoren von Groschen besoldet werden, die von den Arbeitern erprecht werden. (Unruhe b. d. Soz.) Die Herren Bebel und Stadthagen haben mich in unqualifizierbarer Weise angegriffen. Was würde Herr Bebel sagen, wenn man ihm vorwürfe, daß er sich als früherer Tischlermeister sehr ungeschickt benommen habe. (Zehr gut! rechts.) Statt des Herrn Stadthagen, der ein gutes Beispiel für Getreidespekulanten sein mag, aber nicht für den guten Ton (Unruhe b. d. Soz.) sollte sich Herr Bebel lieber Herrn Heine zum Muster nehmen. Wir kämpfen lieber gegen ein scharfes Papier als gegen einen Wascheisen. (Bravo! rechts.) — Redner klagt dann eine halbe Stunde lang über Terrorismus und fordert etwa ein Duzend Mal eine neue Zuchthausvorlage. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Ganz gewiß muß jeder anständige Mensch, jeder, der das Prinzip der Freiheit im bürgerlichen Leben hoch hält, mißbilligen, wenn gegen irgend jemanden Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes ausgeübt werden. Prüft man aber alle hier und in der Presse vorgeführten Fälle ungerechten Zwanges gegen Arbeitswillige und gegen Mitarbeiter, so wird man finden, daß sie bereits unter das bestehende Strafgesetzbuch fallen. (Sehr richtig! links.) Nicht, weil die gesetzlichen Vorschriften nicht ausreichen, sondern weil sich häufig kein Kläger und noch häufiger kein Zeuge findet, werden diese Fälle nicht verfolgt. Ich weiß das z. B. bei Fällen, die mir von andern mitgeteilt worden sind. Nach meinem Eindruck zerrinnt deshalb häufig die Sache in nichts, weil die Geschädigten nicht den Mut hatten, Zeugnis abzulegen. (Hört, hört! rechts.) Ich folgere daraus, daß neue gesetzliche Maßregeln wahrscheinlich an der Sache nicht viel ändern werden. Die Geschädigten müssen sich zusammenrufen und gemeinsam die Hilfe in Anspruch nehmen, die Staatsanwaltschaft und Polizei ihnen gewähren müssen. Bei den Vorarbeiten für ein neues Strafgesetzbuch im Reichsjustizamt wird eine schärfere, korrektere Fassung der Paragraphen gegen Erpressung, Chantage, unberechtigten Zwang und Verneinung zu erwägen sein. — In einer so verantwortungsvollen Stelle lemt man jeden Tag zu. Ich würde es für falsch halten, die Sache anders zu verfolgen, als auf Grund eines allgemeinen Strafgesetzbuches, das für jedermann gilt. Falls man aber zu der Ansicht kommen sollte, daß das Strafgesetzbuch nicht genügt, was mir zweifelhaft ist, muß man es eben korrekter fassen. Sache der Gerichtsbehörden wird es sein, die einzelnen Fälle energisch zu verfolgen. Ich wiederhole noch einmal: Die Schuld liegt nicht daran, daß das Gesetz nicht da ist, sondern daran, daß häufig weder ein Kläger noch ein Zeuge da ist.

Dr. Vothhoff (Freis. Vgg.) betont die Existenz einer sozialpolitischen Mehrheit im Reichstags, verlangt Maßregeln zu Gunsten der Privatbeamten, freut sich, daß die technischen Angestellten den Handelsangestellten gleich gestellt werden sollen und verlangt Beseitigung der schreiend unsozialen Konkurrenzklause auch für diese. Bei der preussisch-hessischen Staatsbahn sind 1500 Ingenieure zu Bedingungen angestellt, die nicht einmal der Gewerbeordnung entsprechen. Der Staat zeigt sich hier als direkt schosser Arbeitgeber. (Hört Hört b. d. Soz.) Auch für die vielfach sehr schlecht ge-

stellten Bureauangestellten muß etwas geschehen. (Zehr richtig!) Wichtigste Aufgabe des angeforderten Vereins- und Versammlungsgesetzes muß die Einschränkung der politischen Befugnisse sein. Das Koalitionsrecht muß alten Staatsbürgern zutreffen und die Versuche der preussischen Minister, es den Staatsbeamten vorzuenthalten, müssen auf das schärfste verurteilt werden. Herr v. Dirksen klagt über Arbeiterterrorismus. Wie denkt er über den schlimmen Terrorismus der Meeder? Will er auch hier den Erpressungsparagraphen angewandt wissen. (Beifall b. d. Freisinnigen.)

Präsident Graf Stolberg ernt an, diesmal entgegen den früheren Gespögenheiten über die zahlreichen Resolutionen gleich im Anschluß an die Diskussion in zweiter Lesung abzustimmen.

Junk (Nat.) wünscht Maßregeln gegen den unläuteren Wettbewerb im Sinne der Mittelstandsförderung. Wenn der Mittelstand wirklich den kleinen Beschäftigten nachweislich in seinem Interesse liegend erachtet, werden wir dafür stimmen. Beim Vereins- und Versammlungsrecht sollten wir uns Württemberg und Hessen zum Vorbild nehmen. Ein absolutes Verbot von Minderjährigen, an politischen Versammlungen teilzunehmen läßt sich nicht aufrecht erhalten, und wäre auch ungerecht. In der Vorlage über die Berufsvereine mit ihren politischen Zweigen kann ich keine annehmbare Regelung der Materie erblicken. Ich gebe dem Staatssekretär darin völlig recht, daß die heutigen Strafbestimmungen vollständig zum Schutze der Arbeitswilligen ausreichen. Der § 153 der Gewerbeordnung ist ungerecht, insofern er zwar den Koalitionszwang, aber nicht die Koalitionsverhinderung durch die Unternehmer unter Strafe stellt. (Zehr richtig! b. d. Soz. und einem Teil der Liberalen.) Auch die Hirsch-Dankerschen und christlichen Gewerkschaften beklagen diese Inparität. Vor einer etwaigen Neuregelung müßten allerdings auch die Arbeitgeber gehört werden. Das beste wäre vielleicht einfache Streichung des § 153. Die allgemeinen Strafbestimmungen reichen völlig aus. (Zehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Ich stimme Herrn Naumann darin zu, daß das ganze Arbeiterrecht im Koalitionsrecht gipfelt. Wenn wir ein Reichsarbeitsamt beantragen, so liegt darin kein Mißtrauen gegen den hochverdienten Staatssekretär für Sozialpolitik. Wir wünschen vielmehr, daß gerade er ein solches Arbeitsamt schaffen möge. — Was die Schiffahrtsabgaben betrifft, so halte ich sie für reichsverfassungswidrig. Nach un widersprochener Meldung ist ja aus dem Reichsjustizamt zu dieser Ansicht gelangt. (Bravo! b. d. Natlib.)

St. u. Olenhufen (Welfe) bringt zur Sprache, daß ein Beamter gemetzelt sei, weil er bei der Reichstagswahl für ihn eingetreten sei.

Schiffner (Z.) verbreitet sich über großer Unaufmerksamkeit des Hauses ausführlich über sämtliche Zweige der Sozialpolitik. Unter dem Unternehmerterrorismus haben alle gewerkschaftlichen Organisationen und nicht zum wenigsten die christlichen zu leiden. Redner führt eine Reihe Fälle an.

Kaab (Wirtsch. Vgg.) beginnt um 1,7 Uhr vor bereits sehr schwach besetztem Hause über die Vorgänge am Hamburger Hafen zu reden. Die Reder seien beispiellos rückständig und rücksichtslos gegen die Arbeiter, wie auch gegen ihre Offiziere. (Zehr wahr! b. d. Antikemiten und den Sozialdemokraten.)

Ein Vertagungsantrag Singer (SD.) wird mit den Stimmen des Zentrums nach 8 Uhr angenommen.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Stadthagen (SD.): Herr v. Dirksen hat mich verflucht als Getreidespekulanten und Gebührentreiber bezeichnet. Tatsachen dafür hat er trotz meiner Aufforderung nicht angeführt. Er hat also eine feige Verdächtigung ausgesprochen. (Zehr wahr! b. d. Soz.)

Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Ordnung und verweigert ihm das Wort zur Geschäftsordnung.

Hüb (SD.): Herr v. Dirksen hat trotz meiner Widerlegung die Behauptung wiederholt, ich hätte beim Arbeiterstreik die Bergewaltung Arbeitswilliger gebilligt. Gegenüber einem so tiefen Niveau des persönlichen Kampfes fällt es schwer, die parlamentarischen Formen zu wahren. (Zehr gut! b. d. Soz.)

Bebel (SD.): Herr v. Dirksen hat am 19. März der Reichstagsfraktion hier vorgeworfen, daß sie von den Arbeitern Geld erpresse. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Als der Präsident ihn fragte, ob er uns gemeint habe, leugnete er trotz des klaren Sachverhalts ab. Und jetzt will er als Mentor für den parlamentarischen Umgang gelten.

v. Dirksen (Rpt.) bestreitet wiederholt, daß er die Reichstagsfraktion gemeint habe. Von Hüb habe er überhaupt nicht gesprochen. Stadthagens Freistreichung sei kein Bestreiten.

Bebel (SD.): Nach dem von Herrn Dirksen selbst torrigierten Stenogramm richtet sich seine Beschuldigung gegen uns, die Fraktion. Das Wort „Sie“ ist groß geschrieben. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Und jetzt lueit dieser Mensch.

Stadthagen (SD.): Herr v. Dirksen hat sich in seiner persönlichen Bemerkung einen Artikel der „Post“ gegen mich zu eigen gemacht. Ich habe diesen Artikel in einer öffentlichen Versammlung für eine grobe unverschämte Verleumdung erklärt. Wenn Herr v. Dirksen sich zum Kolporteur dieser Verleumdungen macht — ihm steht es an. (Geisterheil und Leb. Beifall b. d. Soz.)

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

Lübeck, den 15. April 1907.

Der Wortführer eröffnet um 6.20 Uhr die Versammlung. Nach einigen Mitteilungen des Senats wird zur Tagesordnung übergegangen.

Wflasterung der verkehrreichsten aufstierten Vorstadtstraßen in Verbindung mit dem Berichte der am 8. Oktober 1906 gewählten Kommission zur Prüfung der Senatsvorlage, betreffend Wflasterung der verkehrreichsten aufstierten Vorstadtstraßen vom 6. Dezember 1906.

Röhn gibt den Bericht der zur Prüfung dieser Angelegenheit eingesetzten Bürgerschaftskommission und unterbreitet namens derselben einen Antrag, der einige Abänderungen der Senatsvorlage vorschlägt.

Senator Dr. Gienburg erklärt, daß der Senat grundsätzliche Bedenken gegen die Kommissionsfassung nicht habe.

Dr. Wichmann weist auf den unreinlichen Zustand des Stadtgrabens hin.

Thiele bittet, die Radfahrwege in guten Zustand zu versehen.

Kosenquitt: Die neueren Wege sind schlechter als die früher hergestellten. Der Weg am Dünterort wäre hier vorbildlich wirken.

Der Kommissionsantrag findet Annahme, desgleichen das Ersuchen der Kommission auf Einführung von geräumigem Pflaster in der Schwarzenau- und Zandener Allee und

auf Ausbau des Föpferweges von der Lindenstraße bis zur Moiskinger Allee.

Gewährung einer Staatsbeihilfe an das Theaterunternehmen des Direktors Piorkowski für die Spielzeit 1907/1908.

Dahms beantragt, den Schlusstermin der Anzahlung der Beihilfe im Jahre 1908 statt auf den 30. auf den 12. April festzusetzen; das sei nur gerecht. Weiter sei es notwendig, Klarheit über die Frage zu schaffen, ob die Leitung des neuen Stadttheaters in eigene Regie übernommen oder verpachtet werden soll.

Senator Eschenburg: Die Entscheidung über die letztere Frage wird demnächst fallen. Bezüglich des ersten Punktes sei zu bemerken, daß der Direktor Piorkowski die Monatsraten pränumerando in Empfang nehme.

Borgwardt ist gegen die Vorlage. Anstatt der geforderten 21 000 Mk. seien 18 000 Mk. ausreichend. Ferner sei es möglich, daß für die Lieferung von Gas und Elektrizität 9000 Mk. aus Staatsmitteln gefordert würden. Der Direktor Piorkowski sei ein schlauer Mann, der von der Bürgererschaft alles verlange, was er erhalten könne.

Senator Eschenburg betont, daß der Antrag des Senats der Ansicht freistlicher Erwägung der maßgebenden Instanzen sei.

Senator Dr. Neumann: Die jetzt geforderte Summe von 21 000 Mk. sei auch schon früher gezahlt worden, da der Direktor ja jährlich eine Nachtragssubvention von 3000 Mk. zu seinen 18 000 Mk. erhalten habe.

Wissell ist derselben Meinung wie Borgwardt. In Betracht komme noch, daß der letzte Besitzer des Saalbaues diesen bedeutend billiger gekauft habe, als seine Vorgänger. Und trotzdem sei die Erhöhung der Subvention um 3000 Mark begründet mit der Steigerung der Miete um diesen Betrag. Es sei zu befürchten, daß der Direktor in diesem Jahre doch noch wieder mit einem Antrag auf Nachsubventionierung komme. Bezüglich der Frage, ob das neue Theater in staatliche Regie übernommen oder verpachtet werden solle, könne es doch gar keine Zweifel geben. Es sei selbstverständlich, daß Kunstinstitute nicht verpachtet werden sollten. Mit demselben Rechte könne man ja auch schließlich die Schulen an Privatunternehmer verpachten. Wenn auch die staatliche Übernahme derartiger Kunstinstitute sich teurer gestalte als die Verpachtung, so könne das aber für uns nicht maßgebend sein.

Senator Eschenburg empfiehlt die Senatsvorlage. Nur einzelne wenige Städte seien es, die ihre Theater in eigener Regie betreiben.

Professor Baetke wendet sich dagegen, daß man Schulen mit Theatern vergleiche.

Aus der weiteren Debatte heben wir die Anfrage Borgwards hervor, ob die Subvention nur für die Theateraufführungen gelte oder ob auch für die Abende bezahlt wird, an denen keine Aufführungen stattfinden.

Senator Dr. Eschenburg erklärt, daß die Tage, an denen keine Aufführungen stattfinden, von der Subvention in Abzug gebracht werden.

Dahms zieht seinen Antrag zurück. Der Senatsantrag findet Annahme.

Debattelos genehmigt wurden folgende Senatsanträge: Nachbewilligung auf Art. 8 der Ausgaben des Senatsvoranschlages für 1906 (Matrikularbeiträge).

Abfindung einer Pacht und Landerwerb zwischen der Cronsförder Allee und der Genierstraße seitens der Allgemeinen Armenanstalt.

Beim Punkt: Verkauf eines Areals südlich der Genierstraße an die Firma Smidth u. Co. in Kopenhagen

richtig. Dr. Leveklühn an den Senat die Anfrage, ob diese hier zu errichtende Fabrik auch erhebliches Geräusch verursache.

Senator Evers kann keine Auskunft geben.

Die weitere Debatte dreht sich um die Frage, ob in Wohnvierteln geräuschvolle Fabriken errichtet werden sollen oder nicht. Die Mehrzahl der Redner tritt für die Senatsvorlage und damit für die Bejahung dieser Frage ein, da eine Störung der Anwohner nicht vorliege.

Wissell ist gegen die Senatsvorlage, da die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt stehe, daß Staatsländereien nicht verkauft werden sollen. Daß das Geräusch störend auf die Anwohner wirke, bezweifle er; aber es komme hier in Frage, ob nicht die Raucherentwicklung der zu errichtenden Fabrik hemmend für die im Krankenhaus weilenden Kranken sei.

Senator Evers und Dr. Hoffstaetter verneinen das.

Der Senatsantrag findet Annahme.

Debattelos genehmigt wird folgender Senatsantrag: Erwerb von Ländereien des von Hertoghe Armenhauses in Vorwerk und Austausch von Ländereien mit demselben am Dorfwege daselbst.

Beim Punkt:

Bewilligung einer Altersunterstützung an den Holzvogt Humbert zu Schattin

beantragt. Brunns, bei der Bewilligung des Ruhegehalts die Invalidenrente von 130,20 Mk. nicht in Abzug zu bringen, sondern dem Holzvogt 600 Mk. zu gewähren.

Senator Dr. Eschenburg weist demgegenüber darauf hin, daß auch bei früheren Fällen die etwaigen Renten in Abzug gebracht worden sind.

Brunns: Wenn jahrelang ein Unrecht begangen worden ist, dann brauchen wir das ja nicht beizubehalten. Redner bittet nochmals um Annahme seines Antrages.

Senator Dr. Neumann: Es zeigt nur den guten Willen des Staates, wenn dem Holzvogt ein Ruhegehalt gewährt wird. Ein Unrecht hierauf hat er nicht und deshalb sei der Abzug gerechtfertigt.

Hobberlein ist für den Senatsantrag, während Wissell sich für den Antrag Brunns ausspricht.

Derselbe wird gegen 6 Stimmen abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

Von einer Kapelle auf dem Vorwerker Kirchhofe in Verbindung mit dem Berichte der am 11. Juni 1906 gewählten Kommission zur Prüfung der Senatsvorlage, betreffend Bau einer Kapelle auf dem Vorwerker Kirchhofe und des von Dr. Wichmann gestellten Antrages auf Errichtung eines Krematoriums vom 3. Februar 1907.

Senator Dr. Stoos tritt für die Senatsvorlage ein, die den Bau eines Krematoriums nicht vorseht und geht sodann auf den Kommissionsbericht ein, der Ablehnung der Senatsvorlage fordert. Der Bau eines Krematoriums, für das jetzt noch gar kein Bedürfnis vorliege, werde etwa 40-50 000 Mark kosten. Der Bericht der Kommission gebe in manchen Punkten nicht richtige Darstellungen über den Umfang der Feuerbestattung. In Heilbronn z. B. sei die Zahl der Einäscherungen wesentlich geringer als im Bericht angegeben. Die Interessenten selbst müßten die Initiative

durch Sammlung von Geldern für ein Krematorium ergreifen. Weiter komme in Frage, daß die Einäscherung in erster Zeit nur besserbetrauten Kreisen zugute komme. Redner bittet um Annahme der Senatsvorlage.

Dr. Wichmann geht auf die vom Senate gegen die Feuerbestattung erhobenen Einwände ein. Bezüglich Heilbronn liege ein Druckfehler im Bericht vor. Der Gedanke der Feuerbestattung komme in Lübeck nicht wieder zur Ruhe, selbst dann nicht, wenn heute der Antrag des Senates angenommen werde. Nur ein eigener Raum könne hier für das Krematorium in Frage kommen. Dasselbe dürfe nicht mit der Kapelle verbunden werden. Der Verein für Feuerbestattung werde gerne Gelder zum Bau des Krematoriums bewilligen, — wenn er solche hat. (Beifall.) Redner beantragt, die Senatsvorlage abzulehnen. Ferner bittet er, ein Schreiben dem Senat zu unterbreiten, nach welchem letzterer der Bürgererschaft eine Vorlage auf Errichtung eines Krematoriums entgegenzubringen hat.

Dr. Benda ist für den Antrag Dr. Wichmann und entwirft gleichfalls die Ausführungen des Senatskommissars. Die Kommission wolle einen neutralen Ort in religiöser Beziehung durch das Krematorium schaffen. Es solle also möglich sein, daß auch ohne Prediger eine würdige Begräbnisfeier veranstaltet werden könne. Redner tritt warm für die Kommissionsvorlage ein.

Schorer: Mit der Annahme der Senatsvorlage würde der Charakter der Kapelle wesentlich verschlechtert. Mit wenig Geld könne die Feuerbestattungseinrichtung geschaffen werden. Redner bittet um Annahme des Antrages Dr. Wichmann.

Peters: Die Frage der Feuerbestattung ist eine Kostenfrage. Wird dieselbe verbilligt, dann wird auch die Beteiligungsziffer wachsen. Das Krematorium soll aber nicht von der Kapelle getrennt werden. Redner beantragt, den Senat zu ersuchen, in Verbindung mit der Kapelle ein würdiges Krematorium zu errichten.

Wissell: Der Antrag Peters will dasselbe wie der Senatsantrag. Den Antrag Dr. Wichmann unterstütze ich nicht, bin vielmehr für die Kommissionsanträge. Redner geht auf die Ausführungen des Senators Dr. Stoos ein. Nicht einmal 40 Proz. der Verschiedenen benutzen die Kapelle. Das sei für die Kommission maßgebend gewesen. Aus der Beibehaltung soll kein Finanzgeschäft gemacht werden, das sei die Ansicht der Kommission. Die Gesamtkosten der Feuerbestattung werden sich im Laufe der Zeit billiger gestalten als die Erdbestattung.

Senator Dr. Stoos hat sich mit seinen Zahlen auf den Kommissionsbericht gestützt. Die Angaben Wissells bezüglich der 40 Prozent beruhen nur auf einer Schätzung.

Gusmann ist für die Senatsvorlage. Zunächst kommen hier in Lübeck die Christen in Betracht, deshalb brauchen wir keinen Raum für Andersgläubige.

Schorer wendet sich gegen den Senat. Wissell konstatiert, daß bezüglich der 40 Prozent er nur von der Benutzung der Kapelle und nicht vom Mitgehen der Geistlichen gesprochen habe.

Dr. Biebig ist für den Wichmannschen Antrag. Auf den Feuerbestattungsverein könne man sich in finanzieller Beziehung nicht verlassen; jetzt sei es Zeit, ein Krematorium zu bauen.

Buchwald weist auf die Widersprüche zwischen dem Wichmannschen und den Anträgen der Kommission hin. Aug. Wape ist für den Kommissionsvorschlag. Die Kapelle dürfe nicht mit dem Krematorium verquickt werden.

Dr. Leveklühn ist gegen die Errichtung des Krematoriums. Die Gründe will er nicht angeben.

Dr. Benda wendet sich gegen Buchwalds Ausführungen. Redner ist für Wichmanns Antrag.

Schorer: Wir wollen eine Kapelle und ein Krematorium haben.

Senator Dr. Eschenburg: Die Angelegenheit mit der Kapelle ist nach den Ausführungen aller Redner geregelt.

Buchwald: Der Kommissionsantrag genügt vorläufig; wir brauchen den Wichmannschen Antrag nicht.

Die weitere Debatte ist belanglos. Nach einem Schlusssatzwort des Berichterstatters der Kommission, Dr. Wichmann, erfolgt Abstimmung.

Der Antrag von Dr. Wichmann, den Senatsantrag abzulehnen, findet Annahme, desgleichen das Ersuchen an den Senat, eine Vorlage auf Errichtung eines Krematoriums einzubringen.

Der nächste Senatsantrag betrifft den Nachtrag zum Gesetz vom 29. April 1899 über die Rechtsverhältnisse der Beamten.

Der Senat beantragt: 1. daß durch Nachtrag zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamten vom 29. April 1899 in dessen § 13 in der Fassung vom 26. Februar 1902 als zweiter Abteil eingeschaltet werde: „Tritt ein Bureauhilfsarbeiter mit oder ohne Pensionsberechtigung in ein Amt ein, dessen Anfangsgehalt die von ihm bisher bezogene Bezahlung nicht erreicht, so erhält er ein Gehalt in Höhe dieser Bezahlung so lange, bis der Unterschied durch Alterszulagen ausgeglichen ist; 2. daß dieser Nachtrag mit dem 1. April 1907 in Kraft trete.

Die Senatsvorlage wird angenommen und erhält auf Antrag Klein rückwirkende Kraft.

Ohne wesentliche Debatte werden folgende Senatsanträge erledigt:

Verstärkung der für die Unterhaltung der Gebäude und Anlagen, sowie der für Löhne, Wäsche, Arznei- und Verbandmittel bei der Irrenanstalt im Rechnungsjahr 1906 eingestellten Mittel. — Nachbewilligung auf die Kosten der Beschaffung und Auswechslung von Elektrizitätsmessern im Rechnungsjahr 1906. — Ausbau des elektrischen Kabelnetzes im östlichen Teile der inneren Stadt. — Verhörung der Überführung der Meierstraße u. w. d. a.

Der nächste Senatsantrag betrifft den Etat der Verwaltungskosten des Hauptzollamtes für das Rechnungsjahr 1907.

Klein wünscht, daß die älteren Hilfswärter, welche infolge Verjüngung des Beamtenpersonals entlassen worden sind, anderweitig leichtere Anstellungen erhalten.

Senator Dr. Bermehren: Es sind 22 Hilfswärter entlassen worden, von denen sind 5 zu den neuen Bedingungen wieder angestellt. Von den 17 definitiv Entlassenen standen 10 im Alter von über 65 Jahren; 7 waren 53 bis 65 Jahre alt. Den an sie gestellten gesteigerten Anforderungen konnten diese Leute nicht mehr genügen. Die Behörde wird nach Möglichkeit die in der Entlassung liegende Härte zu mildern versuchen.

Wissell kritisiert es scharf, daß der Senat erst jetzt mit der Vorlage kommt, während die Bestimmungen derselben bereits am 1. April in Kraft getreten sind. Gegen ein derartiges Verfahren muß die Bürgererschaft Einspruch erheben. Es ist eine Nichtachtung der Bürgerchaft, daß man sie nicht zur Mitentscheidung über die Entlassung der Hilfsarbeiter herangezogen hat.

Der Senatsantrag wird angenommen. Nunmehr gelangt zur Beratung der Senatsantrag betr. Errichtung von drei neuen Oberlehrer-

stellen an der Realschule i. G. zu Otern 1908.

Dahms hält die Anstellung von Mittelschullehrern mit Sprachbildung für ausreichend. Der Senat möge auch bei der Hebernahme der kaufmännischen Fortbildungsschule das Statut derselben ordentlich prüfen. Redner ist im übrigen für kommissarische Beratung der Senatsvorlage.

Senator Dr. Eschenburg: Eine Realschule muß 10 wissenschaftlich gebildete Lehrer haben; das ist in ganz Deutschland so.

Direktor Dr. Müller äußert sich im gleichen Sinne. Scharrf erklärt, daß die Schulkommission und die Handelskammer das Statut der kaufmännischen Fortbildungsschule genau durchgesehen hätten. Notwendig sei es, daß die Schulleitung durch Prüfung der Schüler die Fähigkeiten derselben erkenne und sie dementsprechend einrichtet.

A. Bape hält in der Realschule eine größere Vertiefung der praktischen Lehrzeile für nötig; hierzu seien Akademiker jedoch nicht geeignet.

Nach weiterer Debatte, die wesentliche neue Gesichtspunkte nicht hervorbringt, gelangt der Senatsantrag zur Annahme.

Schluss 10,10 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Zu der schauerhaften Familientragödie in Mecklenburg bei Wülfthener erfährt man noch, daß der Vater der ermordeten Kinder, Kaufmann Gerken, an den Vormund der Kinder, einen Fabrikanten in Münster, einen Brief geschrieben hat des Inhalts, daß er sich mit den drei, 16, 14 und 12jährigen Kindern erster Ehe aus Verzweiflung das Leben nehmen werde; man würde die Leichen im Appelsbisch finden. Tatsächlich hat ein Landmann in der Nähe der Fundstelle eine Reihe von Schüssen gehört. Den beiden jüngsten Kindern, die mit dem toten Vater zusammen gefunden wurden, waren die Augen verbunden. Gerken war ein geachteter nächster Mann, der bei der Vocholler Spinerei als Reisender angestellt war. Er lebte in geordneten Verhältnissen und stand mit der vor zwei Jahren ihm angeheirateten zweiten Frau, die ihm ein jetzt zehn Monate altes Kind geschenkt hat, im besten Einvernehmen. Keiner der Verwandten und Bekannten kann die Mordtat und ihre Beweggründe erklären. Es bleibt nur die Annahme übrig, daß Gerken in geistiger Umnachtung gehandelt hat.

Die Tragödie der Bergmannsfamilie. Zu dem grauenhaften Mord in Gving bei Dortmund, wo der Bergmann Gläser seine Frau, fünf Kinder und sich selbst ermordete, wird noch folgendes gemeldet: Die Leichen haben fünf Tage in der Wohnung gelegen und waren schon stark in Verwesung übergegangen. Der Staatsanwalt ordnete die sofortige Untersuchung an. Zu der Nacht vom Montag hat Gläser seine Frau, seine fünf Kinder (die siebenjährige Meta, die fünfjährige Marta, den dreijährigen Paul, den zweijährigen Willi, die zehn Monate alte Christine) und sich selbst erdrosselt. Von dem Vorgang haben die Mitbewohner des Hauses nichts bemerkt. Da man die Familie einige Zeit nicht sah, nahm man an, sie sei verreist. Da Gläser seit Dienstag auf der Zeche ohne Entschuldigung fehlte, fragte der Steiger seine Arbeitskollegen nach der Ursache des Fehlens. Diese wußten von Gläser nichts. Einer erbot sich aber, sich nach ihm zu erkundigen. Freitag vormittag ging dieser in die Wohnung Gläser und fand die Tür verriegelt. Er benachrichtigte die Polizei. Der Kommissar ließ sie durch einen Schlosser gewaltsam öffnen. Die Wohnung besteht aus Schlafstube und Küche. Beim Betreten der Küche schlug der Beamte ein entsetzlicher Leichengeruch entgegen, der sich beim Eintritt in das Schlafzimmer noch steigerte. Hier bot sich ein schreckenerregender Anblick dar. In einem Bett lagen die vier erdrosselten Kinder zu zwei und zwei, mit den Füßen gegeneinander gebettet, in dem anderen die Eltern. Die Leichen waren schwarz angebläut und bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Bei dem Anblauen Paul und Gläser selbst lagen die Stricke, etwa 75 Zentimeter lange Garbinschnüre, die in der Küche abgeschnitten worden waren, noch um den Hals. Die kleine Christine lag auf zwei Stühlen gebettet und sah am wenigsten entstellt aus. Auch sie ist offenbar durch die Hand des Vaters, wie pfenniggroße, blutunterlaufene Flecken am Hals zeigen, erdrosselt worden. Es scheint, daß der Vater die ganze Familie mit Überlegung erdrosselt hat, zuerst die Frau und dann die Kinder. In der Küche, wo die Kleider alle geordnet lagen, und in dem Schlafzimmer ist nichts von einem Kampf, der sich etwa abgespielt haben könnte, zu bemerken. Die Erdrosselung muß nach der „Rh.-Westf. Ztg.“ erfolgt sein, als die Familie im Schlaf lag. Der Arzt stellte fest, daß der Tod durch Strangulieren eingetreten ist.

Ein verwegener Einbruch, bei dem vermutlich zwei Personen beteiligt waren, wurde in der Nacht zum Sonnabend in die Räume der Direktion der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Dresden verübt. Nach gewaltsamer Erbrechung des Geldschrankes der Hauptkassa und eines zweiten der Nebenkasse fielen den Dieben etwa 5000 Mk. deutsches Bargeld und Banknoten, 2000 Kronen österreichisches Bargeld und 1000 Mk. in Wertpapieren in die Hände.

Ein Mädchenhändler verhaftet. Aus Triest wird berichtet: Im nahen Sagrada wurde ein fleckbrieffähig verfolgter Mädchenhändler verhaftet, als er mit vier Mädchen abreisen wollte. Der Verhaftete ist Reichsdeutscher und handelte im Auftrage Hamburger Unternehmers.

Nach zwanzig Jahren. Aus Mailand wird berichtet: Unter den bei dem Erdbeben von San Francisco geretteten Personen, die nach dem Unglück erwähnt wurden, befand sich auch eine, die der italienischen Polizei nicht unbekannt war. Es handelt sich um den Italiener Nicomini aus Anca, der am 27. März 1887 von den italienischen Geschworenen wegen Ermordung zweier Garabinieri zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden war. Nicomini war damals aus Italien geflohen und seitdem von den Behörden vergebens gesucht worden. Das Erdbeben verriet nun seinen Aufenthaltsort. Sofort wurde von den italienischen Behörden das Auslieferungsverfahren eingeleitet, denn schon drohte die Verjährungsfrist, die am 27. März 1907 abließ. Die Amerikaner aber lehten die Auslieferung ab, wie man behauptet, dank dem Einfluß Nicomini's, welcher es in Amerika bis zum Millionär gebracht hatte. Nun, da die 20 Jahre verfloßen, kündigt Nicomini seine Heimkehr in sein Vaterland an, wo er seine Frau und Kinder wiederblicken will, die er damals verließ und denen er in der ganzen Zeit kein Lebenszeichen geben konnte, da die Polizei sonst seine Zufluchtsstätte erfahren hätte.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwaib. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des Lübecker Volksoct.